

# Deutsche Bäcker- und Konditoren-Zeitung

Organ des Zentralverbandes der Bäcker u. Konditoren, Lebküchler, Arbeiter u. Arbeiterinnen in der Zuckerwaren-, Schokoladen- u. Keksinindustrie

Verbandsmitglieder erhalten das Blatt unentgeltlich. Abonnement pro Quartal Mk. 2.

Er erscheint jeden Donnerstag. Redaktionsschluss Montag morgen 10 Uhr.

Insertionspreis pro dreigespaltene Petitzeile 50 Pfg., für die Zahlstellen 30 Pfg.

## Die Lohnbewegungen und Streiks im Jahre 1913.

Ueber die Lohnkämpfe im vergangenen Jahre wurde bereits beim Jahresbericht in gedrängter Weise ein Bild gegeben. In Zeiten der niedergehenden Geschäftslage kann nicht immer den Wünschen der Kollegen auf Erreichung von Forderungen an die Unternehmer Rechnung getragen werden. Die Stärke der Organisation wird von mancherlei wirtschaftlichen Vorgängen beeinflusst. Sobald der Andrang auf dem Arbeitsmarkte abflaut und in den einzelnen Berufen die Zahl der Arbeitslosen zusammenschmilzt, tritt für die Gewerkschaft die günstige Zeit zur Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen ein. Anders aber in Zeiten einer wirtschaftlichen Depression, wo die Arbeitsnachweise mit Arbeitsuchenden überfüllt sind. Da ist Vorsicht am Platze, um die in zähen Kämpfen erzielten Erfolge nicht zu gefährden. Eine Aenderung dieser gewerkschaftlichen Taktik kann erst bei der Erfassung des weitaus größten Teils der Berufsangehörigen für die Organisation erfolgen.

Trotz dieser Tatsachen war das verflossene Jahr reich an wirtschaftlichen Kämpfen. Dazu trägt auch unser Vertragswesen bei. Von den Verträgen, die durch die Kündigung zum Ablauf gekommen wären, wurde ein sehr großer Teil nicht erneuert, sondern durch stillschweigendes gegenseitiges Einverständnis nach den Vertragsbestimmungen um ein Jahr verlängert. Dort, wo infolge der ausgesprochenen Kündigung Verbesserungsanträge eingereicht wurden, war die Erneuerung der Löhne in den allermeisten Fällen möglich.

Im Berichtsjahre wurden 80 Lohnkämpfe in 96 Orten mit 2742 Betrieben und 5762 beschäftigten Personen erledigt. Davon kamen durch Unterhandlungen und ohne Streiks 66 Lohnbewegungen in 78 Orten für 1671 Betriebe mit 2577 beschäftigten Personen zum Abschluss. Von den verbleibenden 14 Fällen mussten 13 durch die ArbeitsEinstellung ihre Erledigung finden, und in einem Falle sperrte ein Unternehmer 23 Verbandsmitglieder 2 Tage aus. In nachstehender Tabelle sei der Umfang der Lohnkämpfe veranschaulicht:

	Anzahl	Beteiligte Personen	Kosten M.
a) Arbeitseinstellungen:			
Angewandte	11	2245	60292
Abwehrstreiks	2	114	113
Aussperrungen	1	23	816
<b>Zusammen</b>	<b>14</b>	<b>2382</b>	<b>61221</b>
b) Lohnbewegungen ohne Arbeitseinstellung	66	2577	4678
c) Sämtliche Lohnbewegungen	80	4959	66099

Von den Lohnkämpfen endeten 71 durch Abschluss von vorläufigen Arbeitsverträgen für 4619 beschäftigte Personen. Davon wurden 60 Verträge im Verhandlungsweg ohne Arbeitseinstellung, 10 durch Antritt des Streiks und 1 Vertrag durch Abwehrstreik abgeschlossen.

Die Beteiligten an den Lohnkämpfen erzielten:

	Solten Erfolg	Zeitw. ohne Erfolg	Vermeidung oder Unterbrechung Erfolg
a) Bei Streiks und Aussperrungen	1953	394	14
b) Bei den Lohnbewegungen ohne Arbeitseinstellung	1847	736	—
c) Bei sämtlichen Lohnkämpfen	3800	1130	14

Die Ertragslasten verteilen sich auf eine Arbeitszeitverkürzung von

707 876 Stunden im Jahre für 1774 Personen oder pro Woche und Person 7,6 Stunden; eine Lohnerhöhung von M 277 160 jährlich für 3490 Personen oder pro Woche und Person M 1,24.

Singu kommt noch die bessere Bezahlung für Überstunden an 3060 Personen, höhere Bezahlung der Sonntags- und Nachtarbeit bei 462 Personen, für 286 Beteiligte Verbesserung der Fabrik- oder Arbeitsordnung. Der Post- und Logiszwang im Hause des Unternehmers wurde für 322 Bäcker und Konditoren beseitigt, und die Gewährung von jährlichen Ferien wurde für 418 Personen erkämpft.

Gegen die beiden Jahre vorher ist sowohl die Zahl der Lohnkämpfe als auch das Resultat zurückgeblieben. Diese Tatsache muß auf den Ablauf der Tarife zurückgeführt werden. Damals standen eine Reihe von Großstädten, wie Berlin, Hamburg und Frankfurt a. M., in den Tarifbewegungen. Diesmal kam eine Serie Fixtarife zum Ablauf, wobei die Zahl der Beteiligten weit unter der bei allgemeinen Verträgen blieb. Die Erfolge, welche hierbei errungen wurden, fallen um so schwerer ins Gewicht, weil allgemein bekannt ist, daß die tarifstreuen Unternehmer dem schädlichsten Terror durch die Unternehmerorganisationen ausgesetzt sind.

Mit aller Deutlichkeit beweisen uns die Lohnkämpfe, daß wir unsere Lebenshaltung nur in zähen Kämpfen gegen die Unternehmer verbessern können. Und das ist uns auch gelungen, obwohl die Unternehmer kein Mittel unversucht ließen, uns im Vormarsche aufzuhalten. Die mit Unternehmern ausgehaltene Streikbrechergarde konnte uns nicht hindern bei unseren Bewegungen. Wir finden das in unserer Statistik über die Lohnkämpfe bestätigt. 1905, als die gelbe Sumpfpflanze das Licht erblickte, hatten wir 48 Lohnkämpfe auszufechten; 1911, wo die gelbe Senche am stärksten grassierte und die Reizertreuen als Streikbrecher in allen Kampfarten auftraten, war die Organisation an 155 Lohnkämpfen beteiligt. Seitdem nun die Gelben den Unternehmern Helfersdienste zur Niederknüpfung der aufwärtsstrebenden Kollegenschaft leisteten, führte unsere Organisation

671 Lohnkämpfe, an welchen 75 978 Personen beteiligt waren.

Dabei wurde erreicht:

**eine wöchentliche Arbeitszeitverkürzung von 155 189 Stunden.**

**eine wöchentliche Lohnerhöhung von M 109 689.**

Das Ergebnis unserer Lohnkämpfe seit dem Bestehen der gelben Streikbrechergarde wird die Scharfmacher nicht besonders erfreuen. Sie müssen nun einsehen, daß alle ihre arbeiterfeindlichen Maßnahmen durch die anwachsende Macht unserer Organisation vereitelt werden konnten. Noch mehr! Wir konnten den Nachweis erbringen, daß es uns gelungen ist, einem sehr großen Teil der Kollegenschaft bedeutende Verbesserungen ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen zu sichern.

Geriß würden wir noch einen Schritt weiter gekommen sein, wenn das gelbe Kameludentum nicht bestünde. In manchen Orten verstanden es die Unternehmer, die Reizertreue der Gesellen gründlich in ihrem Profitinteresse auszunutzen. Dort sind auch die Kollegen verdammt, unter den traurigsten Verhältnissen ihr Leben zu fristen. Hier wird auch nicht eher eine Aenderung eintreten können, bevor die Kollegen mit der meistertreuen Märchenspielerei gründlich aufräumen. Wann wird diese Erkenntnis in den Kreisen dieser Verführten und Ausgebeuteten Platz greifen?

Wir würden den Scharfmachern mit der Behauptung, daß sie unsere Erfolge nicht kennen, unrecht tun. Die Führer im Unternehmerlager wissen so gut wie wir unsere Ertragslasten bei den Lohnkämpfen zu schätzen; sie wissen auch ganz gut, daß die gelben Streikbrecher nicht imstande sind, uns auch nur einen Zoll breit zurückzudrängen. Daher sind die neuzeitlichen Bestrebungen auch auf andere Hilfsmittel gerichtet. Weil die Lohnkämpfe durch die Unternehmerrmacht nicht beseitigt werden können, so verlangen die Scharfmacher das gesetzliche Verbot der Anwendung von Hilfsmitteln zur Durchführung der Streiks. Sie verlangen, daß den Arbeitern die Anwendung des Bakotts gesetzlich untersagt wird; in Unternehmertreuen wird aber frisch-fröhlich weiter hochfottiert — den Unternehmern die Garantie weitgehendster Rechte, den Arbeitern die Aufbühung aller Pflichten.

Wir werden bestrebt sein, den Unternehmern einen recht harten Strich durch ihre Rechnung zu machen. Dazu sind wir auch imstande bei der Mitarbeit aller Mitglieder an dem Ausbau unserer Organisation. Wie uns gemeldet wird, rufen schon jetzt die Kollegen in einer ganzen Anzahl von Verbandsarten zu Lohnbewegungen. So muß es überall sein, wo die Kollegen Hand ans Werk zur Verbesserung ihrer Lebenshaltung legen wollen. Bei gut vorbereiteten Aktionen können wir alle Gegenmaßnahmen von Unternehmern durchkreuzen. Dazu bedarf es vor allem der Energie, Begeisterung und Arbeitsfreudigkeit. Diese Eigenschaften, getragen von der gewerkschaftlichen Überzeugungstreue, müssen uns vorwärts zum Siege führen!

## Im Kampfe um das Koalitionsrecht.

(Fortsetzung.)

Genosse Heine (fortfahrend):

Keine Herren, es kommt noch etwas weiteres hinzu. Der geltende § 153 der Gewerbeordnung ist bereits ein Ausnahmengesetz, ein Ausnahmengesetz, das sich nur formell gegen die Arbeitgeber richtet, das in Wahrheit aber nur angewendet wird und auch meistens nur angewendet werden kann gegen die Arbeiter.

Schon die „Schrverletzung“, die noch keine „Beleidigung“ ist, wird bestraft, wenn sie bei Gelegenheit eines Lohnkampfes von einem Arbeiter zu einem andern Arbeiter gebraucht wird. Die Verurteilung, etwas, wovon die Arbeitgeber im weitesten Maße Gebrauch machen, die sonst eine straflose Handlung ist, wird bestraft, wenn sie von Arbeitern gegen Arbeiter im Lohnkampf erfolgt.

Der § 153 der Gewerbeordnung ist so bekannt, daß ich ihn nicht weiter erörtern will. Er zielt darauf ab, die Streikbrecher zu schätzen und das Koalitionsrecht lahmzulegen. Was kann nämlich ein Koalitionsrecht leisten, wenn die Qualifizierten für ihre Sache und für ihre Überzeugung nicht werben können, und wie kann man werben ohne den Appell an das Ehrgefühl oder den Appell an die Furcht, das heißt ohne Drohung oder ohne Ehrverletzung; wenigstens ohne eventuelle Ehrverletzung; denn diesen Begriff haben unsere Juristen auch geschaffen —? Es ist eben einfach nicht möglich, einen Streik zu führen, ohne daß man sich in den Reichen dieses Paragraphen verfangt. Deshalb haben wir den Antrag gestellt, der Reichstag wolle beschließen, die Regierung zu ermahnen, dem Reichstoge einen Gesetzentwurf zugehen zu lassen, der insbesondere die Aufhebung des § 153 der Gewerbeordnung enthält.

Keine Herren, ich will Sie nicht über die Anwendung dieses Gesetzes mit viel Material aufhalten. Ich habe über diese Dinge hier öfter gesprochen. Gestatten Sie mir nur, zwei Fälle aus neuester Zeit zu erwähnen. Das eine ist das Urteil der Strafkammer zu Erfurt, durch welches ein Gewerkschaftsbeamter verurteilt wurde. Er war in die Wohnung eines Streikenden gegangen, um diesen durch vernünftiges Zureden zur Teilnahme am Streik zu bewegen. Er traf den Mann nicht an, sondern dessen Frau, und die Frau sagte zu dem Gewerkschaftsbeamten in provokatorischer Weise: „Ein Hund, wer meinen Mann einen Streikbrecher nennt.“ Sie provozierte



also den Gewerkschaftsbeamten. Dieser ließ sich allerdings verlocken zu sagen: „Ja, er ist auch einer.“ Darauf sofort Einlaufen zur Polizei, Denunziation, und der Angeklagte wurde wegen dieses Wortes zu vier Monaten Gefängnis verurteilt. Und da wollen Sie (nach rechts) noch strengere Strafgesetze haben?

Ein anderer Fall ist in Magdeburg geschehen. Da sah ein Gewerkschaftsbeamter in dem Streikbureau und verhandelte mit einem Streikbrecher über den Anschluß an den Streik. Er versprach ihm Unterstützung und legte ihm die Erklärung zur Unterzeichnung vor. Während er mit dem Mann verhandelte, sollen andere in demselben Raum oder im Vorraum befindliche Streikende Schimpfwörter gegen diesen Streikenden gebraucht haben. Da nahm das Gericht an, der Gewerkschaftsbeamte hätte diese Worte gehört und auch eventuell in sein Bewußtsein aufgenommen, daß dem Streikenden auf diese Art Unrecht geschähe könnte; folglich sei er Mittäter an den Verleumdungen, von denen er auch nicht ein Wort selber gesagt hat. Auch er wurde deshalb verurteilt.

Keine Herren (nach rechts), wollen Sie nun nach einer derartig ausdehnenden Auslegung noch behaupten, daß neue Strafgesetze notwendig wären?

Die Resolution des Herrn Grafen v. Westarp nimmt vor allen Dingen Stellung gegen die Streikposten. Keine Herren, ich sage — und ich glaube, daß ich da die Zustimmung der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter aller Richtungen haben werde — das Streikpostenwesen ist für den Arbeiter unerschwinglich. Ohne Streikposten ist kein Streik durchzuführen. Gerade dem Streikposten gegenüber greift unaufrichtig vom ersten Tage an die Polizei ein. Ich habe in verschiedenen Fällen durch Vernehmung der Polizeibeamten vor Gericht feststellen können, daß die Polizeibeamten aus eigenem auch nicht mit einem Gedanken daran verfaßten wären, es könnten Störungen der öffentlichen Ordnung, Sicherheit und des Verkehrs eintreten. Erst nachdem ihnen ihr Vorgesetzter gesagt hatte: ihr habt das Streikpostenwesen zu verbieten unter Berufung darauf, es könne dadurch eine Gefahr für die öffentliche Ordnung, Sicherheit und den Verkehr entstehen, werden sie so heftig, solche Gefahren zu erkliden. Es hat Gerichte gegeben, welche sich dagegen gesperrt haben. Ich kenne ein Urteil des Landgerichts Bochum, welches erklärt hat: das ist doch Unsin. Wir wissen doch, daß die Leute nicht den Verkehr gefährdet haben, daß die Straße menschenleer war, und daß auch die öffentliche Ordnung nicht gefährdet worden ist; denn die Streikposten haben sich so geübt und ruhig benommen wie nur immer möglich. Das Gericht hat das als eine unannehmliche Feststellung in das Urteil hineingeschrieben. Hat aber alles nichts geholfen. Das königlich preussische Kammergericht hat gesagt: darauf kommt es nicht an, ob die öffentliche Ruhe, Ordnung und Sicherheit wirklich gefährdet worden sind, sondern darauf, ob der Sachmann sagt, daß sie gefährdet werden. Das ist nichts anderes als die Kapitulaton der Rechtssprechung vor dem Sachmannsheim. Der Zweck ist natürlich: man will das Streikpostenwesen verhindern! Folgendermaßen der „schwarzen“ Herren hat ja vor einigen Tagen gesagt, es wäre ihm in der Zeit nicht erlaubt, daß man sich zu diesem Zweck auf Straßenverordnungen berufe; man solle gleich einfachweg darauf losgehen und das Streikpostenwesen überhaupt verbieten. So ja, es ist ja ganz klar: man will das Streikpostenwesen verbieten, weil man das Streiken verhindern will.

Das Streikpostenwesen ist aber notwendig zur Herstellung des Gleichgewichts zwischen Arbeiter und Arbeitgeber im Lohnkampf. Der Arbeitgeber zieht sich seine Hilfskräfte, seine Streikbrecher, auf tausend Wegen, durch ungünstige Löhne heran: er annouciert, und zwar, wie ich schon vorher sagte, meist oder eigentlich immer unter Verletzung des Lohnes, daß bei ihm gehiret wird; er sucht seine Arbeiter oft unter direkt falschen Verhältnissen; er lockt sie bei gewerkschaftlichen Verhandlungen — denn etwas anderes sind diese Streikbrecherhändler nicht —; er hat schließlich auch seine gelben Organisationen zu Hilfe. Die Arbeiter aber können gar nicht anders werden als von Mund zu Mund da, wo sie einander treffen, das heißt zunächst auf der Straße oder in öffentlichen Lokalen, und dann, wenn sie die Wohnung des Streikbrechers ausgemerkelt haben, was eben auch nur durch Beobachten, durch das Streikpostenwesen möglich ist, in dessen Wohnung durch privaten Besuch und private Ermahnung. Diese Ermahnung ist erlaubt und muß erlaubt bleiben. Der solche Ermahnung, solcher Appell an das Ehrgefühl weichen will, der soll lieber gleich offen und ehrlich sagen: wir verbieten den Streiken überhaupt. Die Arbeitgeber brauchen gegen den Streikbrecher nicht das Mittel des Streikpostenwesens oder nur in den seltensten Fällen.

Das Verbot des Streikpostenwesens richtet sich also nur gegen Arbeiter, ist nur gegen sie wirksam und ist eine einseitige, ungerichtete Unterdrückung der Arbeiter gegenüber der Arbeitgeber, ein Parteinehmen im Lohnkampf für das Kapital gegen die Arbeit.

Spezialstrafgesetze befinden sich unter den Forderungen, welche in letzter Zeit von den schwarzem Streikbrechern gegen die Arbeiterorganisationen aufgestellt sind, und die Forderung, den § 31 des Bürgerlichen Gesetzbuches unwirksam zu machen gegen Arbeiterorganisationen, welche keine Kampfmittel haben. Der § 31 des Bürgerlichen Gesetzbuches ist eine Bestimmung, die aus dem Wesen des rechtswidrigen Vertriebs folgt. Der Verband des rechtswidrigen Vertriebs ist jenseits der Kopf des Vertriebs, und was er tut, das tut der Vertriebs. Das ist eine ganz einfache und jauchig unerschütterliche Sache aus dem Wesen der juristischen Verantwortlichkeit. Die juristische Verantwortlichkeit hat ihren Ursprung und Wurzeln aber verlagert man den Verantwortlichen. Durch solchen Eingriff der Polizei wird die Entziehung der Vertriebs des Vertriebs und damit die Entziehung der Verantwortlichkeit unmöglich gemacht. Das möchte man den Sachmannen sagen: daß man den Gewerkschaften gegen die Verantwortlichkeit verweigert, wenn sie einen Vertriebs haben, daß man ihnen aber die Verantwortlichkeit verweigert, wenn sie einen Vertriebs haben. Wenn das nicht ein Unannehmliches vor dem Vertriebs ist, dann gibt es überhaupt keine mehr. Im übrigen werden die Bestimmungen der § 31 des Bürgerlichen Gesetzbuches gegen die Arbeiter

gewendet. Es werden die Gewerkschaften für haftbar erklärt, wenn sie über einen Arbeitgeber eine Sperre verhängen, weil in dieser Sperre eine gegen die guten Sitten verstoßende Handlung gesehen wird. Namentlich dann, wenn die Sperraufrufung sich an das gesamte Publikum richtet, wenn man das Publikum auffordert, bei einem Arbeitgeber, der seine Arbeiter und seine Angestellten schlecht behandelt oder schlecht bezahlt, bei einem Bäcker, in dessen Bäckerei die größte Schmutzerei herrscht, nicht zu kaufen. In solchen Fällen hat die Judikatur gesagt, das sei eine gegen die guten Sitten verstoßende Handlung, denn — bitte, meine Herren, hören Sie zu! — der Appell an das Solidaritätsgefühl der großen Menge sei eine unsittliche Handlung! Ferner ist als unsittlich eine Sperre schon angesehen worden, wenn sie verhängt wurde aus folgendem Grunde. Ein Arbeitgeber hatte seinen Arbeitern verboten, der Gewerkschaft anzugehören; er hatte verlangt, daß sie aus dem Verband austreten. Als der Verband nun daraufhin mit einer Sperre dieses Betriebs antwortete, da erklärte das Gericht, diese Sperre sei unsittlich. Also Resultat: der Arbeitgeber, der das Koalitionsrecht seiner Arbeiter vernichten will aus reiner Willkür, der handelt nach dieser Rechtssprechung nicht unsittlich; die Arbeiterkoalition aber, die sich dagegen bloß zur Wehr setzen will, die ihre Mitglieder und andere warnen will,

**Wer über acht Wochen restiert, hat kein Anrecht auf Erwerbslosenunterstützung!**  
Im Verbandsstatut lautet § 2 Absatz 2 des Reglements für Erwerbslosenunterstützung:  
Nur solche Mitglieder können zum Besitze der Erwerbslosenunterstützung gemeldet werden, die mindestens ein volles Jahr dem Verbandsangehörigen, mindestens 52 Wochenbeiträge regelmäßig bezahlt haben, aber auch am Tage der Meldung keine acht Wochen mit den Beiträgen im Rückstande sind...  
Also, wer Rechte beansprucht, muß erst seine Verpflichtungen im Verbands erfüllen!

hart zu arbeiten, wo man ihr Recht und ihre Ehre mit Füßen tritt, die handelt nach dieser Rechtssprechung unsittlich! Keine Herren, das ist unverfälschte Klassenjustiz und nichts anderes!

Als „unsittlich“ und als Verstoß gegen § 823 des Bürgerlichen Gesetzbuches wird es angesehen, wenn in einem Beschlagnahmeblatt, einem Sperrungsblatt oder in einem Streikflugblatt Ausdrücke gebraucht werden, die als „Verleumdung“ des Gewerkschafts oder Gewerkschaften angesehen werden. Das läßt sich ja juristisch so konstruieren. Ich habe aber einen anderen Fall in der Judikatur gefunden. Als einmal einige katholische Geistliche mit sehr derben Worten eine Verurteilung über eine liberale Zeitung ausgesprochen hatten, da sagte das Reichsgericht, das sei nicht gegen die guten Sitten, denn die Herren waren diese Ausdrucksweise ihrer Art noch gewohnt. Nun will ich Ihnen sagen, daß ich das ganz richtig finde, daß man jemandem, der gewohnt ist, von der Kanzel zu sprechen, eine gewisse Nachsicht hinsichtlich der Tragweite seiner Worte zubilligt. Aber was dem einen recht ist, das ist dem anderen billig, und ich verlange, daß man die Sprechweise der Arbeiter ebenfalls respektiert.

Eine solche Gleichheit besteht aber in Wahrheit in der Praxis nicht. Die Organisationen der Arbeitgeber werden in jeder Beziehung gefördert, die können sich Eingriffe erlauben sowohl gegen ihre Arbeiter als gegen die andern Arbeitgeber, ohne daß von „Terrorismus“ geredet wird, ohne daß die auch für sie vorhandenen Gesetze angewendet werden.

Ich mag da zunächst ein paar Worte sagen über den Zweck, den die Arbeitgeber gegen ihre Angestellten ausüben. Es handelt sich nämlich dabei längst nicht mehr bloß um die Arbeiter, sondern es handelt sich längst auch um die höheren Angestellten. Die Arbeitgeber zwingen die Arbeiter und andere Angestellte, aus ihrem Streiken auszutreten, unter der Drohung, sie sonst zu entlassen. Sie zwingen sie aber auch, in die von ihnen gegründeten gelben Gewerkschaften einzutreten. Damit tun sie das, was bei den Arbeitern als „Erpressung“ betrachtet wird. Ja, sie tun noch etwas ganz anderes: die Arbeitgeber ziehen entgegen dem Gesetz gewöhnlich die Beiträge zu dem gelben Vertriebs von Lohn ab und führen sie direkt in die Kasse des gelben Gewerkschafts ein, etwas, was in besonderer Weise prägnant ist, unter allen Umständen aber als Erpressung betrachtet würde, wenn Arbeiter es täten. Sein Danks und kein Dank frucht danach. Handelt es sich um Angehörige der bestehenden, bevorzugten Klasse, denkt kein Einzelmann daran, von Amis wegen in solchen Fällen Klage zu erheben.

Die schwarzen Listen sind hier schon oft Gegenstand der Erwähnung gewesen. Interessant ist aber folgendes, was erst vor einigen Monaten in einem Prozesse gerichtlich festgestellt worden ist. Die Herren Fabrikanten sagen immer: „Wir brauchen die schwarzen Listen, um uns der Auftragsgeber zu erwehren.“ Es ist aber festgestellt worden, daß auf die schwarzen Listen die Bergarbeiter derjenigen, die ungenügend Arbeit finden dürfen, auch die braven Schächter geist werden, auch diejenigen, die nie gestreikt haben; auch die Streikbrecher werden auf die schwarzen Listen gesetzt. Warum? Damit sie an das Werk, das sie bedürftig, versetzt und, damit sie nicht abgehen und woanders in Arbeit treten dürfen. Das Werk, das verlangt, daß diese Leute auf die schwarze Liste kommen und anderswo nicht beschäftigt werden dürfen, beschäftigt sie selber und versetzt selbst gegen die Abmachung der Koalition. In einem anderen Falle hat ein Sekretär eines Fabrikanten-

verbandes vor kurzem in einer gerichtlichen Verhandlung zugeben müssen, daß das ganz allgemeine Brauch ist. Nun sage ich: das ist geradezu diabolisch! Das ist ein unerhörter Mißbrauch dieser schwarzen Listen! Hier kann von einer Abwehr nicht mehr die Rede sein; sondern hier handelt es sich um eine bewußte Tendenz zur Verflistung der Arbeiter!

Des weiteren verlangen die Arbeitgeber von den Arbeitern die Unterzeichnung von Reversen, wodurch sie sich verpflichten müssen, aus ihrer Organisation auszutreten; sie verlangen den Verzicht auf ihr Koalitionsrecht. Erklärungen dieser Art, die unter der Angst vor dem Hunger, vor der Arbeitslosigkeit, erpreßt sind, haben rechtlich gar keinen Wert. Der Arbeiter, der eine solche Erklärung unterzeichnet und nachher heimlich doch bei der Organisation bleibt, mag nicht den Mut eines Don Quixotte bewahren, der den Ungehörern überall zu Leibe ging, auch wenn es ihm und seinem Gaul die gesunden Knochen kostete; aber entschuldigbar ist ein solcher Mann unbedingt. Ich habe aber einen gerichtlichen Vorfall in meinen Akten, wo ein Richter gegen den Arbeiter, der einem solchen Revers entgegen gehandelt hatte, in öffentlicher Verurteilung mit den schmähsendsten Ausdrücken herzog, ihn als einen Ehrlosen bezeichnete; aber gegen den Arbeitgeber, der dem Arbeiter diesen Revers abgepreßt hatte, hatte er nicht ein leises Wort des Vorwurfs; dessen Verhalten fand er ganz berechtigt. Und doch mußte dieser Jurex wissen, daß ein solcher Revers nach § 138 des Bürgerlichen Gesetzbuches null und nichtig ist und zu nichts verpflichtet.

Eitelhaft ist diese, sich in den Schein der Gerechtigkeit verkleidende Geschäftigkeit und Gewalttätigkeit. Eitelhafter vielleicht noch ist sie, wenn sie mit einer religiöser Heuchelei verbunden ist. (Schluß folgt.)

**Ein trauriges Jubiläum.**

In diesen Tagen werden es 50 Jahre, seit in England der erste Bericht einer parlamentarischen Untersuchungskommission über die Lage der Bäckerarbeiter erschien, den später Karl Marx im „Kapital“ als Illustration des Bäckerlebens verwendet hat. Und fast zur selben Zeit sind 25 Jahre verfloßen, seit August Bebel in Deutschland die Augen der Öffentlichkeit auf die Misere der Bäckergehilfen gelenkt hat. Dieses Doppeljubiläum verlohnt wohl, einiges den Bäckergehilfen in die Erinnerung zurückzurufen.

In England war es ein merkwürdiger Anlaß, der dazu führte, das Elend der Bäckergehilfen ans Licht zu bringen: Die fortwährenden Lebensmittelpreiserhöhungen, namentlich die Brotvermehrungen, hatten in London einen Sturm der Entrüstung gezeitigt. Das Parlament setzte eine Kommission ein, die die Zustände prüfen sollte. Die Wirkung war der Erlaß eines Gesetzes zur Verhütung von Lebensmittelpreiserhöhungen („for preventing the adulteration of articles of food and drink“). Zugleich hatte das Komitee die Augen des Publikums auf sein täglich Brot gerichtet und damit auf die Bäckereien. Gleichzeitig erscholl in öffentlichen Meetings und Petitionen an das Parlament der Schrei der Bäckergehilfen über Ueberarbeitung usw. Der Schrei wurde so dringend, daß Minister G. S. Trevelyan aus dieser Kommission zum königlichen Kommissar ernannt wurde. Ueber seinen Bericht sagt Karl Marx im „Kapital“, Band I, S. 211 ff.:

Der Bericht dieses Untersuchungskommissars samt Zeugenaussagen regte das Publikum auf, nicht sein Herz, sondern seinen Magen. Der bibelfeste Engländer mußte zwar, daß der Mensch, wenn nicht durch Gnadentrost, Kapitalist oder Landlord oder Einkäufer, dazu berufen ist, sein Brot im Schweiß seines Angesichts zu essen, aber er wußte nicht, daß er in seinem Brote täglich ein gewisses Quantum Menschenfleisch essen muß, getränkt mit Eiterbeulenausleerung, Spinnweb, schwarzen Käferleichen und fauler deutscher Gese, abgesehen von Alaun, Sandstein und sonstigen angenehmen mineralischen Ingredienzien. Ohne alle Rücksicht auf seine Heiligkeit den „freetrade“ (Freihandel) wurde daher die anhero „freie“ Bäckerei der Aufsicht von Staatsinspektoren unterworfen und durch denselben Parlamentsakt die Arbeitszeit von 9 Uhr abends bis 5 Uhr morgens für Bäckergehilfen unter 18 Jahren verboten. Die letzte Klausel spricht Wände über die Ueberarbeitung in diesem uns so allbäterlich anheimelnden Geschäftszweig.

Marx fügt dann ferner hinzu: „Die Arbeit eines Bäckergehilfen Londons beginnt in der Regel 11 Uhr nachts. Zu dieser Stunde macht er den Teig, ein sehr mühsamer Prozeß, der eine halbe bis dreiviertel Stunde währt, je nach der Größe des Gebäcks und seiner Feinheit. Er legt sich dann nieder auf das Mehlbrett, das zugleich als Deckel des Troges dient, worin der Teig gemacht wird und schläft ein paar Stunden mit einem Mehlack unter dem Kopf und einem andern Mehlack auf dem Leib. Dann beginnt eine rasche ununterbrochene Arbeit von vier Stunden, Werfen, Wägen, Formen, In-den-Eisen-schieben, Aus-dem-Eisen-holen usw. des Teiges. Die Temperatur eines Backhauses beträgt 75 bis 90 Grad Fahrenheit und in den kleinen Backhäusern eher mehr als weniger. Wenn das Geschäft Brot, Waden usw. zu machen vollbracht ist, beginnt die Verteilung des Brotes, und ein beträchtlicher Teil der Tagelöhner, nachdem er die beschriebene harte Nacharbeit vollbracht hat, trägt während des Tags das Brot in Körben oder schiebt es in Karren von Haus zu Haus und operiert dazwischen auch manchmal im Backhaus.“

In Deutschland und in der Schweiz hat man erst viele Jahrzehnte später angefangen, sich mit dem Bäckerleiden zu befassen. Die Gewerbeinspektoren schwiegen sich darüber aus, was sie Schenkliches in den Backstuben sahen. Erst August Bebel konnte 1869 über eine Statistik im deutschen Bäckerergewerbe Enthüllungen machen, die ungeheures Aufsehen erregten. Das Resultat der damaligen Untersuchung sagte Bebel in seiner Einführung in folgenden Sätzen zusammen:

Nach den vorliegenden Tatsachen gehört die Bäckerei zu denjenigen Gewerben, in welchen binnen wenig Jahrzehnten kein Arbeiterstamm mehr vorhanden wäre, würde ihn nicht beständig, namentlich aus der Landarbeiterbevölkerung, eine Menge frischer Kräfte und frisches Blut zugeführt. Die Bäckerei wirkt im höchsten Maße



formumpierend und degenerierend auf ihre Arbeiter ein, sie ist eines der menschenverwüstensten Gewerbe, die überhaupt existieren.

Gewiß: seit 50 und 25 Jahren ist manches besser geworden. Mit einer ganzen Reihe schlimmerer Mißstände ist aufgeräumt worden. Aber nur, nur durch die Organisation der Arbeiter!

Stand des Reichstarifes am Jahreschluß 1913.

Der mit dem Zentralverband deutscher Konsumvereine 1909 vereinbarte allgemeine Lohn- und Arbeitstarif für die Beschäftigten in den Konsum- und Genossenschaftsbäckereien war am 31. Dezember 1913 von 206 Genossenschaften, die zusammen in den Bäckereibetrieben 2911 Personen beschäftigten, anerkannt.

Table with 3 columns: Jahr, Vereine, Beschäftigte. Rows for years 1909-1913.

Sinzu kommen noch fünf Genossenschaften, die dem Zentralverband nicht angeschlossen sind und mit unserer Organisation durch Sonderabmachungen im Tarifverhältnis stehen. Hier werden 132 Personen beschäftigt.

Die dem Reichstarif unterstellten Genossenschaften sowie diejenigen Verbände, welche bisher den Tarif noch nicht anerkannten, verteilen sich in folgender Weise auf die Verbandsbezirke:

Table with 4 columns: Bezirk, Tarif anerkannt (Vereine, Beschäftigte), Tarif nicht anerkannt (Vereine, Beschäftigte). Rows for various regions like Danzig, Breslau, etc.

Von den Tarifvereinen entfallen im Durchschnitt auf einen Betrieb 14,1 Personen; dagegen kommen durchschnittlich auf die nichttariftreuen Betriebe nur 2 Arbeiter.

anlassen. So können wir auch mit dem Tempo der Tarifanerkennung nicht zufrieden sein. Wo sich Genossenschaftsverwaltungen gegen die Vereinbarungen der Zentralinstanzen stellen, da müssen sich schon unsere Kollegen mehr als bisher um die Anerkennung des Vertrages bemühen.

Aus dem Reichstage.

Die weitere Beratung zum Etat des Reichsamt des Innern wird fortgesetzt beim Titel: „Förderung der Hochseefischerei“ und Genosse Noske führt hierzu aus:

Ich und meine Parteifreunde fordern schon seit Jahren die Einstellung höherer Geldmittel zur Förderung der Hochseefischerei, jedoch vergebens. Es ist rührend, wie der Regierungsvorredner klug, ja fast jammernd die schlechte Finanzlage des Reiches schildert, die es unmöglich macht, A. 100.000 für diesen kulturellen Zweck aufzubringen.

Beim Titel: „Bekämpfung der Rebschädlinge“ kommt es zu einer eifrigen Debatte (Reblaus). In Winger- und Sachverständigenkreisen streitet man sich noch sehr, was dem Winger mehr Schaden zufügt, die Reblaus oder das beitehende Reblausgeheiß nebst Vorkugpraktiken.

Zum Reichsvereinsgesetz wurden von den Sozialdemokraten, den Polen und vom Zentrum eine Reihe Abänderungsanträge gestellt, weil sich ergeben, daß im Lande bei der Durchführung einzelner Bestimmungen Sinn zum Verlust wird und die tollste Willkür und Polizeischikane herrscht.

Genosse Regien konnte aus seiner Praxis als Vorsitzender der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands unzählige Fälle von sinnlosen Anordnungen bei Handhabung des Vereinsgesetzes anführen und den Volkes- und Gewaltgeist kennzeichnen, der den gesunden Menschenverstand und die Vernunft unterdrückt, die Arbeiter entrechtet, dem Gesetz und der Verfassung ins Gesicht schlägt.

Die bürgerlichen Abgeordneten sind bei der Beratung des jetzigen Vereinsgesetzes von den Sozialdemokraten gar oft darauf hingewiesen worden, alle Unklarheiten im Gesetz zu entfernen und nicht es dem Gewissen der Vollzugsorgane zu überlassen was Rechtens ist. Vergeden. — „Aus und Sie trennt eine Weltanschauung!“ ruft der Redner den bürgerlichen Vertretern zu.

Die bürgerlichen Redner geben sich anscheinend alle Mühe um sich jetzt wieder, nachdem sie an dem Mißtrauensvotum für den Reichskanzler mitwirkten in guten Kredit zu bringen. Alle beklagen die Einzelfälle, entschuldigen aber die Regierung und nehmen sich selbst und den Herrn Reichskanzler in Schutz.

Die bürgerlichen Redner geben sich anscheinend alle Mühe um sich jetzt wieder, nachdem sie an dem Mißtrauensvotum für den Reichskanzler mitwirkten in guten Kredit zu bringen. Alle beklagen die Einzelfälle, entschuldigen aber die Regierung und nehmen sich selbst und den Herrn Reichskanzler in Schutz.

Zur Arbeitslage.

Der Beschäftigungsgrad auf dem gewerblichen Arbeitsmarkt in den Monaten Dezember und Januar hat sich gegenüber dem Vormonat und den gleichen Monaten des Vorjahres noch weiter verschlechtert. Auf dem Rohstoffmarkt mußten wegen Abgabemangels Feierschichten eingestellt werden.

Die Nachweisungen der Antragsstellen an das Reichsarbeitsblatt, die sonst zur Beobachtung des Arbeitsmarktes herangezogen werden, ergeben für den Monat Dezember infolge der organisatorischen Veränderungen in der Antragsstellenverwaltung ein derartig lüdenhaftes Bild, daß ein Vergleich der Ergebnisse mit den bisherigen Beobachtungen nicht zulässig erscheint.

Die größere Arbeitslosigkeit zeigt sich auch in den Feststellungen der Verbände. Bei 49 Verbänden waren 4,8 pZt. der Mitglieder arbeitslos gegen 3,1 pZt. im Vormonat und 2,8 pZt. im Dezember 1912.

Bei den Arbeitsnachweiser herrschte ein ungeheurer Andrang. Im Dezember 1913 kamen auf je 100 offene Stellen für männliche Personen 214 Arbeitssuchende gegen 219 im Vormonat und 175 im Parallelmonat des Vorjahres.

Für die Bäcker und Konditoren Arbeitsnachweiser 4448 offene Stellen gebucht. Diefen standen 8235 Arbeitssuchende gegenüber. Vermittlungen erfolgten 4234. Auf je 100 offene Stellen treffen 183 Arbeitssuchende gegen 153 im Parallelmonat des Jahres 1912 und 181 im November 1913.

Wie sich die Vermittlungstätigkeit und der Andrang Arbeitssuchender in den einzelnen Landesgebieten gestaltete, geht aus folgender Aufstellung hervor:

Table with 7 columns: Landesgebiete, Arbeitsuchenden, Offene Stellen, Befüllte Stellen, Berichtsmonat im Vorjahre, im Dezember 1913, im November 1913. Rows for various provinces like Ost- und Westpreußen, Berlin, etc.

Die Verhältniszahlen weisen nach, daß die meisten Arbeitssuchenden in Hessen und Baden waren. In Hessen kamen auf jede Stelle 5,75 Arbeitssuchende, in Baden 4,13.

Technik und Wirtschaftswesen.

Heft 5 unserer fachwissenschaftlichen Zeitschrift kommt in diesen Tagen zum Versand, und machen wir darauf aufmerksam, daß die jetzt noch hinzukommenden Abonnenten das erste Heft dieses Quartals (Nr. 4) nachgeliefert erhalten können.

Um die Gewinnung neuer Bezahler zu erleichtern, haben wir jetzt den Zahlstellerverwaltungen Bestellzettel auf die „Technik“ in genügender Zahl zugehen lassen, die von den Vertrauensleuten der Organisation und allen Freunden unserer Zeitschrift zur Werbung von Abonnenten benutzt werden sollen.

Die Defen mit direkter Beheizung der Herde, die uns jetzt eingehend über die verschiedenen Heizsysteme unterrichtet. Weiter folgt eine Abhandlung „Zur Geschichte des Zuckers“, in der wir die früher gebräuchlichen Zuckerarten und die Einführung des Rübenzuckers in die Produktion kennen lernen.



In dem gut mit Abbildungen ausgestatteten Heft nach Neuerungen im Maschinenwesen der Bäckerei und weiter noch einige Schutzvorrichtungen an Bohnenmaschinen vorgeführt. Unter den Rezepten zur praktischen Bewertung sind die für Sahneispeien und für Laboratorartikel; keine Mitteilungen und "Aus früheren Zeiten" bieten außerdem noch interessanten Lesestoff.



# Verbandsnachrichten.

## Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

### Quittung.

Vom 1. bis zum 7. Februar gingen bei der Hauptkassiererin des Verbandes folgende Beträge ein:

- Für Januar: Magdeburg M 1059,07, Bielefeld 24,92, Neumünster 12,35, Greifeld 42,49, Dessau 80,29, Wieslau 52,85, Hannover 1194,32, Martriedewitz 37,55, Freiburg 105,89, Leipzig 1740,66, Würzburg 182,66, Essen 401,65, Duisburg 122,53, Arolsen 72,68, Schweinfurt 38,30, Traunstein 67,75, Jülich 164,32, Landshut 398,41, Feis 322,25, Cassel 316,68, Stuttgart 545,43, Lübeck 407,71, Göln 785,99, Göttingen 62,99, Nürnberg 234,63, Halle 69,92, Herford 550,49, Bergisch Gladbach 35,89, Biberach 38,59, Darmstadt 112,39, Göttingen 247,11, Erfurt 162,57, Bremen 801,03, Flensburg 294,70.

Von Einzelzahlern der Hauptkasse: F. M. Horiol M 12, R. D. Eoß 1,85, O. R. Neuenburg 4,50, R. M. Neuhard a. d. Orla 5, P. 2. Neustadt i. Holst. 3, N. A. Reich 4,50, J. Th. Vögel 9, A. R. Zwen 7,50, H. B. Emmerich 4,60, G. O. Dier 12, R. B. Münster 13,75, G. E. Meiningen 4,80, G. R. Berglin 4,50, P. G. Brand 5, H. G. Eoß 2,50.

Für Abonnements und Annoncen: Kollegen in Frankfurt a. M. M 3, P. E. G. Hamburg 16, H. E. Nees 5, H. Sch. Bremen 5,30, H. und P. Hamburg 25,20, D. & Co. Hamburg 14,85, Konsumverein in Elmshorn 6, D. Nürnberg 12.

Für "Geschichte der Bäcker- und Konditorenbewegung": Duisburg M 4, Nürnberg 4, Halle 3.

Der Hauptkassierer, O. Freitag.

### Sterbetafel.

München. Hans Druckmüller, 50 Jahre alt, gestorben am 3. Februar.

Nürnberg. Konrad Volkert, Lebküchler, 66 Jahre alt, gestorben am 31. Januar.

Ehre ihrem Andenken!



### Kurzspendenzettel.

### Generalversammlungen.

Auberg. Die heutige Generalversammlung fand am 25. Januar statt; der Geschäftsbericht war als ein guter zu bezeichnen. Der Mitgliedsbeitrag hat sich erhöht, trotz der immer mehr in die Erscheinung tretenden Lohnsteigerungen. Die alten Vorstandsmitglieder hatten nach der Wiederwahl ihre Ämter angetreten. Kollege Gumpelobler hielt, wie in allen Vorjahren, einen sehr interessanten Bericht über die Tätigkeit der Organisation christlicher, bis zum 20. Januar, was geschähe nach einer weiteren Zukunft entgegen zu sehen. Er forderte zur fleißigen Mitarbeit aller Kollegen auf, um allen Angelegenheiten der Geyer letzten Jahres nachzugehen zu können. Besonders gelobte er die Arbeit der Schlichter, die daran gehen, den Arbeiter das Koalitionsrecht zu rauben, und wie sich jeder in dem Arbeitsvertrag nach dem Gesetz, die ihren gültigen Freunden vor lauter Schwere werden und die Arbeit die Hand lassen. Die Verhandlungen wurden überall mit Erfolg abgeschlossen. Die Versammlungen hatten alle einen guten Verlauf genommen.

Hageburg. Am 22. Januar fand unsere Generalversammlung statt. Vorsitzender Jörg gab den Geschäftsbericht. Das Jahr 1913 war ein ereignis- und lehrreiches. Arbeitreich für Vorstand und Mitglieder wegen der fortgesetzten Lohnbewegung, jedoch es in Hageburg auch der Krieg brachte, so war es doch von großer Bedeutung für die Kollegen, die auch ihr Leben konnten, daß auch in Hageburg etwas zu erreichen wäre, wenn sie nur alle einig wären. Die Jahressumme betrug M 1,50 Lohnsteigerung geschätzt und für jedes Kollege wurde das Kopfgeld bei dem Betrag abgezogen, so daß jetzt von jedem 2,00 bis 3,00 beträgt. Es wäre noch mehr erreicht werden, wenn alle Kollegen handhaft geblieben wären. Abgehalten wurden 5 öffentliche und 9 Mitgliederversammlungen sowie 7 Sitzungen. Nach einem ausserordentlichen Bericht des Vorstands Jörg, es möge im kommenden Jahre jedes einzelne Mitglied seinen Pflicht gegenüber dem Verbande vollenden. König der Verhandlungen, indem nach dem letzten Entschluß erreicht wurde. Die Anwesenheit wurde am 11. Februar festgestellt. Hiermit hielt Vorsitzender Gumpelobler einen guten Vortrag über "Krieg und Arbeit".

Berlin. Am 1. Februar fand die Generalversammlung in der Vereinshalle. In der Jahresbericht gab den Vortrag, brachte Kollege Schneider nur kurz Ausprägungen dazu zu machen. Das Geschäftsjahr fand nach Abschluß ab im Zeichen

der Krise, es mußte deshalb auch das Bestreben der Verwaltung sein, Lohnbewegungen möglichst zu vermeiden. Trotz alledem wurden aber in der Tarifbewegung bedeutende Fortschritte gemacht. Der Kampf gegen die sanitäre Bäckereivereinbarung nahm im verflochtenen Jahre wieder schärfere Formen an. Beim Kassenbericht bedauert Kollege Barth, daß die Mitgliederzahl seit zwölf Jahren zum erstenmal zurückgegangen sei, und zwar von 5518 auf 5306. Dieser Rückgang entfällt hauptsächlich auf die Fabrikbranche. Erreulich sei es, daß trotzdem 3342 Beiträge mehr eingenommen seien und die Gesamteinnahme um M 8000 höher ist. Die Einnahmen betragen M 171 801,77, die Ausgaben M 160 009,26. Er fordert die Mitglieder auf, im neuen Jahre recht tüchtig zu arbeiten, damit der Mitgliederverlust wieder wettgemacht wird. Kollege Albrecht berichtet, daß im vergangenen Jahre 14 Revisionen, 12 orientliche und 2 unangemeldete außerordentliche stattgefunden und dabei immer alles in bester Ordnung gefunden wurde. Die Diskussion über beide Berichte war sehr lebhaft und von dem Bestreben getragen, die Organisation vorwärts zu bringen. Die Vorschläge der Wahlvorbereitungskommission gab Schädel bekannt und ersuchte, diese anzunehmen, da über die ein-einen Personen in der Kommission genaugend beraten ist. Die Vorschläge werden bis auf einige Kollegen angenommen. Ueber d. e. als Jurandeleiter vorgeschlagenen Personen findet eine heisse Debatte statt. Die Wahl des Jugendleiters wird auf Antrag vertagt, die Wahl der Funktionärvereinbarung überwiegen. Zu den anderen Posten werden gewählt: In die Agitationskommission: Obmann Fr. Schneider, Stellvertreter H. Nitsche, 1. Schriftführer K. Mebold, 2. Schriftführer K. Nitsch, Obmann der Weisbräcker K. Richter, Obmann der Brotbräcker A. Stof, Obmann der Konditoren F. Weiß, Obmann der Fabrikbranche W. Maschel, Vertreter der weiblichen Mitglieder Fräulein Wive, 1. S. Vertreter R. Schöbel, M. Stieg, Streitsprecher, K. Erbe, A. Knorr. Als Revisoren: Fr. Albrecht, F. Kufchra, K. Kabinette, M. Gaaß, G. Gumpel, In die Besonderekommission: P. Schuster, P. Nölte, A. Feige, A. Scheibe, F. Sternhagen, H. Müller, O. Lehninger, P. Just, K. Träger, F. Nitsch. Unter "Verschiedenes" werden noch interne Angelegenheiten erörtert. Weiter fordert R. Schneider die Kollegen auf, am 4. März geschlossenen zur Wahl des Ausschusses zur Jugendstufenklasse anzutreten.

Gelle. Am 1. Februar hielt unsere Zahlstelle ihre gut besuchte Generalversammlung ab. Kollege Lorenz gab den Geschäftsbericht, der von Dürenmann, Hannover, ergänzt wurde. Die heutige Zahlstelle hat sich im letzten Jahre sehr gut entwickelt, die Mitgliederzahl ist von 11 auf 85 gestiegen. Aufnahmen waren 109 zu verzeichnen; auch die Zahl der verlassenen Beitragsmarken ist dementsprechend gestiegen; ins elant wurden 214 Beiträge umgelegt. Anerkannt wurde, daß mehrere Kollegen und Kolleginnen tüchtig bei der Gewinnung neuer Mitglieder mitgeholfen hatten. Gleich nach Beendigung des Vortrags der Frau Trüller setzte neues Leben an Orte ein. Nachdem Herr Trüller seinen Leuten das Koalitionsrecht hatte zugestehen müssen, schwand mehr und mehr die Furcht vor dem Streikwerden. Hierzu kam noch, daß im Laufe des Sommers mit der Zwieback abrit Schickopp (früher Ehlers) ein Tarif abgeschlossen wurde, der den von Beschäftigten Arbeitszeitverlängerung sowie Lohnsteigerung bis zu M 7 pro Woche brachte. Alle in diesem Betrieb Beschäftigten, circa 25, sind heute organisiert. Mit zehn Bäckereien haben wir eben falls Tarife, jedoch machte uns die Durchführung derselben viel Arbeit. Die Bäckereimeister können sich eben noch sehr schwer damit gemöhnen, abgeschlossene Verträge auch einzuhalten. Die Wahl zur Krankenkasse der Bäckereimeister brachte uns auch Erfolge: wir sind im Vorstände und im Ausschuss vertreten. Die große Arbeitslosigkeit hier an Orte ist zeigte die am 28. Dezember vorgenommene Arbeitslosenzahlung in unserer Schule; und es ist unserer Mitglieder war an diesem Tage arbeitlos. Reiche Masse Not und Elend bringt diese Zahl in diesem Jahresrückblick, wo sonst sehr wenig Arbeitslosigkeit vorhanden ist, zum Ausdruck. Hier wäre es Pflicht des Staates und der Stadtverwaltung zu sein, und werden es zu wagen! Doch wenn gefehlt, dies überlassen sie den Arbeitern. Es ist deshalb unsere ernste Pflicht, auch weiterhin tüchtig und fleißig für die Ausbreitung unserer Organisation zu sein, damit wir aus eigener Kraft bessere Verhältnisse erringen können. Als Betriebsrat wurde dann der Kollege Lorenz einstimmig wiedergewählt, als Kartelldelegierter Lorenz und Heller. Eingeladen wurde noch, an unserer Kapelle am 15. Februar in der "Harmonie" voll tätig zu erscheinen.

Danzig. Am 22. Januar hielt die heutige Zahlstelle ihre Jahresversammlung ab. Aus dem schriftlich und mündlich gegebenen Bericht konnte festgestellt werden, daß sich in dem Geschäftsjahre die Organisation ihre Pflicht als Kartelldelegierter der Berufsgenossenschaft in jeder Weise getan hat. Die Bäckereimeister mit den bekannten Schornsteinmachern und den "gelben Anhängern" war durch die Sachkenntnis des Verbandes nicht zu überwinden, trotz der wirtschaftlichen Lage der Berufsgenossenschaft niedriger. Zur allgemeinen Berichtigung auch im Bäckereimeister eine Delegation durch die große Arbeitslosigkeit. Es wird von den Unternehmern räumlich und systematisch gefördert und ist zu einer jährlichen Plage der Bäckereimeister geworden. Nach der Ende Dezember 1913 dem letzten Erhebung ist in Danzig jeder dritte Bäckereimeister durchgehend 45 Tage im Jahre arbeitslos. Auch unsere Mitglieder sind immer durch diese Zustände betroffen worden. Im Bereiche befinden sich durchweg unzureichende, rückständige Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Der Kost- und Logispreis bei dem Unternehmer bindet die Berufsgenossenschaft zu noch mehr an das Verhältnisverhältnis und macht sie unfähig. Die erzwungenen Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse konnten nicht anforderten werden, weil die Organisation am Orte nicht die dazu notwendige Stärke hatte. Im Laufe eines ist ein kleiner Fortschritt zu konstatieren. Die Einnahme und Ausgabe beträgt im Geschäftsjahre M 3318,24. An Arbeitslosen, Kranken und Reiseunterstützung wurden M 531,75 und aus der Kasse M 54 an die Mitglieder bezahlt. Neben den regelmäßigen Mitgliederversammlungen wurden sieben öffentliche Versammlungen zur Bekämpfung der Agitation veranstaltet. Eine der öffentlichen Versammlungen, die sich mit der Bekämpfung der sieben-tägigen Arbeitslosigkeit resp. der Erhöhung der Sonntagarbeit beschäftigte, wurde für politisch erklärt. Das Landgericht in Danzig bestätigte in der Berufung diese eigenartige Auslegung des Betriebsrechts. Der Kollege Gumpelobler wurde am 15. Februar in Danzig durch den Vorsitzenden der "Mediziner" verurteilt

und den Bäckereimeister durch polizeilichen und richterlichen Bescheid fundiert, daß sie an der bestehenden sieben-tägigen Arbeitswoche, in Rücksicht auf den heiligen Unternehmerrisiko und Ausbeutung, nicht rütteln dürfen. Dies unglückliche Arbeitsverhältnis bedingt fortwährend viele Klagen beim Amts- und Gewerbegericht. Die meisten angeklagten Prozesse verlaufen resultatlos, weil ein bindender Tarifvertrag im Gewerbe, der die Rechte der Bäckereimeister sichert, nicht vorhanden ist. Unter den Bäckereimeistern besteht die allgemeine Praxis, daß, wenn ein Arbeiter nach zwölf Stunden regulärer Arbeitszeit die Bezahlung von Ueberstunden verlangt, kurzerhand auf das Straßenpflaster fliegt. In einem uns kürzlich bekannnten Falle wurde ein Kollege, als er sein Recht verlangte, von zwei Bäckereimeistern mit einer Eisenklinge und einer Krücke hinterrücks überfallen und mißhandelt. Wegen dieser grenzenlose Rohheit ist die Organisation eingeschränkt. Eine von der Organisation an die Danziger Bäckereimeister gestellte Umfrage, wie sie sich zu der Anerkennung des Koalitionsrechtes verhalten, wurde im Geschäftsjahre eingeleitet. Von den 154 an die Bäckereimeister veränderten Zirkularen und Fragebogen sind nur zehn beantwortet worden. Durch diese Stellungnahme haben die Unternehmer ihren Haß gegen das Koalitionsrecht bewiesen. Trotz alledem ist die Mitgliederzahl um 63 gestiegen. Es geht vorwärts! Nach Erledigung der Wahlen und der andern Punkte der Tagesordnung wurde die Versammlung in bester Stimmung geschlossen.

Erfurt. Am 18. Januar fand die Generalversammlung statt. Den Jahres- und Kassenbericht erstattete Kollege Friedrich, woraus zu entnehmen war, daß die Zahlstelle im Berichtsjahre eine weitere Festigung und Stärkung erfahren habe. Die vorläufige vorliegende Abrechnung schließt mit einer Gesamteinnahme und -ausgabe von M 3353 gegen M 2977 im Vorjahre. An Beiträgen wurden 5384 umgelegt gegen 4200 im Vorjahre. Für Unterstützungen wurden M 841 ausbezahlt gegen M 336 im Vorjahre. An der Agitation zur Gewinnung von Mitgliedern haben sich 23 Kollegen beteiligt. Mit Hilfe der Organisation wurden Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen erneut in der Brotfabrik Gispersleben erreicht, trotzdem hatten es dort einige Kollegen mit ihrer Ehre vereinbar, der Organisation nicht anzugehören. Auch in einzelnen Kleinbetrieben sind durch die Lohnbewegung Verbesserungen erfolgt; in einer Reihe von Betrieben ist das Ertrichte wieder illusorisch geworden durch Nachlässigkeit der Kollegen. Aus Anlaß der erfolgten Maßnahmen von Kollegen durch den Innungsarbeitsnachweis wurde der Arbeitsvermittlung durch den Arbeit nachweis der Organisation größere Aufmerksamkeit geschenkt, mit dem Erfolg, daß einer Reihe Kollegen Arbeit vermittelt werden konnte. Der Kollege Kessler berichtet, daß sich der Gesellenausschuß in dieser Gelegenheit des Innungsarbeitsnachweises an die Innung gewandt und Beschwerde geführt habe; in einer stattgefundenen Sitzung mit dem Innungsvorstand sei die Zulage gegeben worden; Maßnahmen sollten in Zukunft nicht mehr stattfinden. Die Erfolge der Lohnbewegung hätten bessere sein können, wenn hinter dem Gesellenausschuß eine noch stärkere Organisation gestanden hätte. Begrüßt wurde es von allen Kollegen, daß die Zahlstelle eine Geschäftsstelle im Verkehrsamt erhalten soll. Die Vorstandswahlen erlauben die Wiederwahl des gesamten Vorstandes, soweit sich nicht durch Abreise von Kollegen eine Ergänzung durch Neuwahlen notwendig mache. Auch wurde gewünscht, daß die in den Mitgliederversammlungen gehaltenen Vorträge andern Kollegen zugänglich gemacht würden, um Aufklärung unter die Kollegen zu bringen. Mit einem Appell seitens des Vorsitzenden und Kollegen Friedrich, im kommenden Jahre nachzuholen was im verflochtenen nicht erreicht worden, durch eifrige Mitarbeit an dem Ausbau der Organisation, wurde die gut besuchte Versammlung geschlossen.

Haderleben. Am 31. Januar hielt die neueröffnete Zahlstelle Haderleben ihre erste Generalversammlung ab. Betriebsratmann Kollege Schulz gab einen kurzen Überblick über die Zeit, die unser Verband hier in Haderleben bestanden hat. Im verflochtenen Halbjahre haben sechs Sitzungen stattgefunden, denen die Kollegen Kuppbaum, Knie, Weber, Hannover, Garing und Lohn-Flensburg, beiwohnten, die uns tüchtig mit Rat und Tat beigeitanden haben. Zum 1. Januar wurde unsere Sektion in eine Zahlstelle umgewandelt. Zum ersten Vorsitzenden wurde einstimmig der Betriebsratmann Schulz gewählt; zweiter Vorsitzender wurde Fr. Schmidt, Schriftführer Kronegaard, Stellvertreter Gröschel, Kassierer Fr. Otto, Revisoren Gröschel und Jensen. In den Arbeitsausschuß wurden die Kollegen Otto und Kumpfen gewählt. Kartelldelegierter ist Kollege Schulz. Im verflochtenen Halbjahre sind sechs Kollegen aufgenommen, darunter ein Lehrling, und zählt unsere Zahlstelle jetzt 19 Mitglieder. Schulz ermahnte sämtliche Kollegen, daß sie zu jeder Zeit für unsere gute Sache arbeiten und die Versammlungen regelmäßig besuchen sollten; auch ein fahler, die "Vollzeitung" zu haben. Die Versammlung wurde mit dem Wunsch geschlossen, daß unser Verband hier in der Nordmark blühen und gedeihen möge und daß das neue Jahr für unsere Zahlstelle ein gutes werde.

Hof. Am 1. Februar tagte unsere Generalversammlung, welche leider nur mäßig besucht war. Kollege Ott gab den Vorstandes- und Kassenbericht. In diesem Jahre ist wieder alles getan worden bei der Agitations- und Organisationsarbeit; es wurden auch 26 neue Mitglieder gewonnen. Das Neuzutritt könnte aber ein besseres sein, wenn sämtliche Kollegen ihre Pflicht getan hätten; jedoch ein großer Teil hält es nicht der Mühe wert, in die Versammlungen zu gehen. Haupt-sächlich sind dies solche Mitglieder, die in den Genossenschaftsbäckereien arbeiten; sie halten es aber für angebracht, nicht außerhalb der Versammlung zu üben. Diese Kollegen werden nachdrücklich ermahnt, die Versammlungen zu besuchen und ihre Kritik dort zu üben, wo sie am Platze ist. Bei den Konditoren wurden des öftern Flugblätter verteilt und Versammlungen einberufen, aber auch diese Kollegen haben den Ernst der Sache noch nicht einsehen gelernt. Hier ist Nach-haltung noch dringend notwendig. Zu dem Kassenbericht wurden keine Einwendungen gemacht. Kollege Claus revidierte des öftern die Kasse und fand diese in bester Ordnung. Dem Gesamtvorstand wurde einstimmig Entlastung erteilt. Kollege Leppert bedauerte den schlechten Besuch der Versammlung und meinte, daß die Versammlungen abgehalten



werden müssen, auch wenn sie schwach besucht sind, damit die jungen Kollegen in besserer Frühling dieben. Es wurde beschlossen, bei den Mitgliederversammlungen eine Präsenzliste zu führen. Kollege Wendel gab den Kartellbericht und machte bekannt, daß die „Höfer Volkszeitung“ in eigene Druckerei übergeben wird. Zur Gründung des eigenen Geschäfts werden 1000 Aktien zu M. 10 ausgeben. Die Neuwahl ergab: Ott, Vorsitzender; Ziehr, Kassierer; Ruckdeschel, Schriftführer; Wendel, Kartelldelegierter; Leppert als Erzhmann. Claus und Greim, Revisoren. Weiter wurde die Verwaltung beauftragt, ein passendes Lokal zu suchen und hierüber der nächsten Mitgliederversammlung, die am 1. März stattfindet, zu berichten.

**Böckst a. M.** Am 4. Februar fand unsere von 25 Kollegen besuchte Generalversammlung statt, nachdem am 14. Januar in einer Versammlung eine Vorstandswahl nicht mehr vorgenommen werden konnte, weil nach einem Referat Kumelets über die Arbeitslosigkeit die Zeit zu weit vorgerückt war. Kollege Oppenländer als Vorsitzender gab den Jahresbericht; es ist im vergangenen Jahre gut gearbeitet worden und zwar fanden statt 11 Mitglieder, 3 öffentliche Versammlungen und 19 Vorstandssitzungen. Da wir im Laufe des Jahres in einer Lohnbewegung standen, wurde mit der Innung wieder ein Tarifvertrag auf 4 Jahre abgeschlossen, wobei auch 27 Ortschaften des Lamustreises mit in den Lohnbezirk einbezogen wurden. Leider gibt es in diesen Ortschaften noch Kollegen, welche unter dem Tarif arbeiten und sich dem Verbande trotz eifriger Agitation nicht anschließen wollen. Der Jahresbericht ergab 32 Ausnahmen und den Umsatz von 2400 Beitragsmarken, das sind 312 Beiträge und 13 Ausnahmen mehr als voriges Jahr. An Unterstützung wurde M. 82,20 an Kranken- und M. 3,50 an Reiseunterstützung ausbezahlt. In den Vorstand wurden gewählt: Oppenländer wieder einstimmig als erster, G. Sigle als zweiter Vorsitzender, Bachmaier und Obermaier als Schriftführer, K. Sigle, G. Widner, S. Meisinger, R. Bauer, Königstein, als Vertragskassierer; G. Sigle und Widner als Kartelldelegierte. Der Vorsitzende appellierte an die neugewählten Vorstandsmitglieder und an die übrigen Kollegen, in diesem Jahre wieder tüchtig mitzuarbeiten, damit wir weitere Fortschritte im laufenden Jahre machen. Kollege Sigle gab noch bekannt, daß das 12. Stiftungsfest, das wieder sehr gut besucht war, einen Reberschuß von M. 48,82 aufwies. Bei der Wahl zum Ausschuss und Vorstand der Innungsstrankenkasse wurde die Liste des Verbandes gewählt, eine Gegenliste war nicht aufgestellt.

**Landshut.** Am 18. Januar fand die Generalversammlung statt. Kollege Maier erklärte in seinem Vorstandsbericht, daß eine wesentliche Änderung in der Mitgliedschaft nicht eingetreten ist. Der Mitgliederstand ist der gleiche geblieben, trotz den Versuchen der Christlichen, hier eine Zahlstelle zu gründen. Auch der Arbeitsnachweis hat sich gut entwickelt, obwohl auch in dieser Richtung manche Verbesserung eintreten muß. Der Bericht des Kassierers kam als ein guter bezeichnet werden, da sich der Markenumsatz gehoben hat. Die Revisoren bestätigten, daß sie alles in bester Ordnung vorgefunden hätten und mit der Tätigkeit sehr zufrieden wären. Die Neuwahl hat folgendes Resultat gezeigt: Hans Brunner, erster, und Mathias Hösl, zweiter Vorsitzender; Gotthart Sinnacher, erster, und Otto Hornauer, zweiter Kassierer; Hans Holzner, erster, und Ludwig Willnecker, zweiter Schriftführer; Ewer Zellner, K. Hansbauer und A. S. Hanglberger als Revisoren. Michl Wagner, Michl Hierlwinamer und Michl Groß als Kartelldelegierte. Georg Jachert, Georg Schiebl und Josef Rakhhofer als Arbeitsnachweisführer. Die Wahl der Unterskassierer wurde den einzelnen Betrieben übertragen.

**Leipzig.** Am 25. Januar tagte die Generalversammlung. Den Jahresbericht erstattete Frit. Aus diesem ist zu ersehen, daß die Zahlstelle eine erfreuliche Fortentwicklung hinter sich hat. Wenn auch im vergangenen Jahre, außer den Wahlen zur Innungsstrankenkasse, keine bedeutenden Ereignisse sich abspielten, so ist doch am Ausbau und an der Vervollständigung der Organisation ein tüchtiges Stück Arbeit geleistet worden. Der Redner spricht allen Kollegen, die ihre ganze Kraft in den Dienst der Organisation gestellt haben, den Dank des Vorstandes aus, und ermuntert zur weiteren treuen Mitarbeit für die Emanzipation des ganzen Kollegenstandes. Der Kassierenbericht, der gedruckt vorliegt, wird von Hilfe noch näher inselutert. Der Einnahme von M. 28 679,99 steht eine Ausgabe von M. 28 182,02 gegenüber, so daß der Kassenbestand am 1. Januar 1914 M. 497,97 beträgt. Wie gegenwärtig unsere Unterstützungsleistungen gewirkt haben, zeigt der Umstand, daß nicht weniger als M. 9078,25 an bezugsberechtigte Kollegen ausbezahlt worden sind. Der gegenwärtige Mitgliederbestand beträgt 1185 Personen. An Beiträgen sind im letzten Jahre 4000 mehr umgelegt worden als im Jahre vorher. Leistungsunterstützungen sind annähernd M. 800 an arbeitlose Kollegen ausbezahlt worden, darunter waren 19 verheiratete. Auf Antrag der Revisoren wird dem Kassierer einmütige Decharge erteilt. Daß es im kommenden Jahre an Arbeit nicht fehlen wird, zeigt schon die Tatsache, daß der mit einem großen Teil Meistern abgeschlossene Tarif Ende April abläuft. Den Bericht der Lehrlingskommission gibt ebenfalls Frit. In dieser Sache sind seit dem letzten Bestehen dieser Kommission 56 Schriftsätze angefertigt und vier Klagen wegen Lösung des Lehrverhältnisses angestrengt worden. Es ist hieraus ersichtlich, wie notwendig eine derartige Einrichtung für die von gewissenlosen Unternehmern ausgeübten Lehrlinge ist. Auch soll nicht unerwähnt bleiben, daß sich einige gefühllose Gehilfen an den Mißhandlungen der Lehrlinge beteiligen haben. Strenge Pflicht ist es nun für die Kommission, noch schärfer als bisher auf derartige Fälle Obacht zu geben. Die Tätigkeit der Lehrlingskommission liegt einem Teil der Meister schwer im Magen, denn dieselben fordern ihre Lehrlinge auf, daß sie ja nichts verraten sollen, wenn sie auf der Straße etwa angeprochen würden. Der frühere Altgeselle und gegenwärtige Meister D. hat sich in puncto Lehrlingsausübung gut entwickelt. Früher konnte derselbe über die große Lehrlingszücherei und Ausbeutung nicht genug reden. Heute ist das aber anders; trotzdem daß die Organisation diesem Bereich mitteilt hat, doch Abhilfe zu schaffen, ist nichts geschehen. Bei einer Revision werden die Lehrlinge einfach an den Boden geschickt und dort verbergen gehalten. Den Bericht der Beschwerdekommision gab Kollege August Müller. Wenn auch nicht alle Wünsche der Kollegen befriedigt werden

konnten, so war doch der gute Wille vorhanden, den gerechten Wünschen der Kollegen nachzukommen. Von der Arbeitsnachweiskommission liegen zwei Anträge vor. 1. Die sechs-wöchige Kranken- und Ferienaushilfe fallen zu lassen und an deren Stelle die vierwöchige zu setzen. 2. Alle arbeitslosen Kollegen haben sich an einem bestimmten Tage in der Woche zur Kontrolle zu melden. Der Kontrolleur hat genau Buch zu führen. Meldet sich ein Kollege nicht zur Kontrolle, so muß derselbe wieder neu eingeschrieben werden. Auf Antrag des Kollegen Frit sollen beide Anträge in der nächsten Mitgliederversammlung zur Beschlussfassung gebracht werden. Die Wahlen zum Gesamtvorstand hatten folgendes Ergebnis: Engerer Vorstand: Frit, Wille, Herold, Engler, Gsch und zwei in Privatbetrieben beschäftigte Kollegen. Erweiterter Vorstand: außer den schon Genannten die Kollegen Kreuze, Aug. Müller, Erd. Müller und noch drei in Privatbetrieben beschäftigten Kollegen. In die Lehrlingskommission wurden 7 Kollegen, in die Beschwerdekommision 5 Kollegen gewählt. Revisoren wurden die Kollegen R. Fischer, Wolf und A. Auf Antrag des Vorstandes wurde der Kollege Bos. einstimmig ausgeschlossen. Derselbe hat sich den gewöhnlichen „zweifelhaften Spaß“ erlaubt, einem mitarbeitenden Kollegen die Uhr wegzunehmen. Vier im letzten Jahre durch Tod verlorene Mitglieder wurden in der üblichen Weise geehrt.

**München.** Am 1. Februar 1914 hielten wir im Gewerkschaftshause unsere diesjährige Generalversammlung ab, die sehr gut besucht war. Verbandssekretär Wagner gab einen Rückblick. Er wies darauf hin, daß zu Beginn des Jahres eine fieberhafte Anspannung aller Kräfte in bezug der Agitation zu verzeichnen war. Die Vorbereitung zur Bewegung, die Stimmung unter den Mitgliedern bezüglich der Forderungen, war eine vorzügliche. Selbst die eingeschlagene Versammlungstaktik, unter Annahme der gebotenen Sonntagsruhe, das Benehmen gegenüber den Christlichen, alles hat von Erfolg zu Erfolg geführt, und auch die pendelnde Haltung der Meister wurde glücklich ausgegült. Nur als die Bewegung den Höhepunkt erreicht und über den verbesserten Schiedspruch abgestimmt werden sollte, fehlte bei einigen Kollegen, denen sich die Masse dann anschloß, die Einheit. Die Masse war wohl der ehrliehen Ueberzeugung, daß ein Gehilfe in der Kleimbäckerei, wenn er schon im Lohn um 2 bis 3 M. schlechter gestellt ist, in der Ruhestandsfrage nicht nochmals schlechter daran sein soll als der Kollege in den größeren Betrieben. Andererseits wurde die Schwierigkeit der Bewegung nicht genügend beachtet; zum Teil war die Leichtgläubigkeit unserer Kollegen (von der sie jetzt geheilt sind) ein großer Fehler. Sie vertrauten den Meistern, die vorher versprochen hatten, zu bewilligen, zu sehr; ein Fehler, der niemals wiederkehren darf. Neben all diesen Dingen und unliebsamen Folgen hat jedoch die Bewegung auch sein Gutes gebracht. Sie hat den Geist der Zusammengehörigkeit machgerufen. Die christliche Schmarohergilde, deren Ohnmacht beim Boykott klar bewiesen wurde, denn kein Meister hätte ihnen gegenüber die Bewilligung aufrechterhalten, wenn sie nicht in der Liste der „Münchener Post“ aufgenommen worden wären. Als hocherfreuliche Errungenschaft bezeichnete der Referent die Tatsache, daß die von der Innung so sehnlichst herbeigewünschte anarchosozialistische Zersplitterung an dem gefundenen Sinn der Mitglieder zerbrach. Nur 6 Mitglieder trafen sich bei der Gesellschaft einzeichnen, bezahlt haben alle zusammen keinen einzigen Beitrag. Ueber den jetzigen Stand der Organisation kann nur Befriedigung berichtet werden; das hat die Innungsstrankenkassenwahl bewiesen. Dagegen sind die Bäckermeister durch den jetzigen Zustand nicht recht befriedigt, das geht aus dem Mandat hervor, das Herr Gemeindevorstand-mächtiger Schöfer im Gemeindevorstand aufsuchte. Der Boykott tut eben seine Wirkung und muß so lange fortgeführt werden, bis die Innung sich zu Verhandlungen bereit erklärt. Gerade deshalb sind die Aussichten für die Organisation nicht ungünstig, und sobald im Frühjahr eine etwas bessere Konjunktur einsetzt, werden die noch viel besser; folglich haben auch die Mitglieder keine Ursache, ihre Wünsche aufzugeben. Die Diskussion bewegte sich im zunehmenden Sinne, so daß sich die Versammlung gegen die letzten beiden Generalversammlungen vorteilhaft abhob. Der jetzt gültigen Eindruck auf alle Besucher hinterließ. Bezirksleiter Tiermeier berichtete hierauf über die Kassengebarung in der Zahlstelle, deren Einnahmen M. 735 0 betragen haben. Die Unterstützungsansgaben betragen einschließlich M. 37 000 Streifenunterstützung M. 66 000, doch sind als Lokalmittel immer noch M. 10 000 vorhanden, so daß für Eventualitäten vorgesorgt ist. Die Mitgliederbewegung bringt uns zwar einen Verlust von 77 Mitgliedern; zieht man davon 250 beim Streit abgereifte Kollegen ab und die 69 in den ersten Tagen des Streiks aufgenommenen, dann verbleibt ein Mitgliederverlust von 58. Diese Zahl ist so unbedeutend und macht der bessere Zusammenhalt die Zahl doppelt weit, zumal die Mitgliederzahl heute bereits wieder auf 170 angewachsen ist. Kollege Serl erläuterte alsdann die Frequenz des Arbeitsnachweises für die Bäcker und für die Konditoren. In beiden war dieselbe größer wie früher und wurden 390 feste Stellen und 6050 Ausnahmestellen vermittelt. Letztere sind infolge des Ruhestandes gestiegen. Bezüglich des Arbeiterschutzes mußten 281 Meldungen an die Polizei oder an die Bezirksinspektion gemacht werden, hauptsächlich wegen Uebervorteilung der Lehrlinge. Ferner berichtete Kollege Dohler über die Tätigkeit der Beschwerdekommision. Nur zwei Fälle wurden dort entschieden, so daß der Berichterstatter sich sämtlich beschwerte, nicht mehr Arbeit bekommen zu haben. Allgemein wurde die Tätigkeit des Gesamtvorstandes anerkannt und es auf zwei Kollegen auch wiedergewählt. Nach einem kurzen Schlußwort Tiermeiers fand die sehr sachlich und anregend verlaufene Versammlung mit dem Ergebnis, in der Agitation unentwegt fortzuarbeiten, nach dreistündiger Dauer ihr Ende.

**Paffau.** Die am 15. Januar stattgefundene Generalversammlung ergab, daß die Zahlstelle sich tapfer geschlagen hat, trotz der rüsten Agitation, die von seiten der Gegner betrieben wurde. Obwohl man versuchte, uns totzuden und behauptete, unsere Zahlstelle hätte nur mehr vier Mitglieder, so konnten wir am Jahres-schluß einen Mitgliederstand von 21 aufweisen. Auch der Markenumsatz ist erfreulicherweise ein guter zu nennen. Die alte Vorstandschafft wurde wiedergewählt.

**Köngensberg.** Am 20. Januar fand die Generalversammlung statt. Der Vorsitzende wies in seinem Vorstandsbericht nach, daß sich die Zahlstelle nach außen und nach innen

gut entwickelt hat; besonders was das Zusammenarbeiten innerhalb der Vorstandschaft ein gutes zu nennen. Er streifte kurz die wichtigsten Vorkommnisse im vergangenen Jahre und kam zu dem Schlusse, wenn die Kollegen im neuen Jahre wieder so fest zusammenarbeiten wie im vergangenen, dann können wir einer guten Zukunft entgegengehen, trotz der schmutzigen Handlungsweise der christlichen Arbeiterzersplitterer. Auch der Kassenbericht kann ein guter genannt werden, weil zum erstmalig über 10 000 Beitragsmarken umgelegt worden sind. Die Revisoren erklärten, sie hätten Bücher, Belege, Wertzeichen und Barbestände bei ihren Revisionen in bester Ordnung vorgefunden. Der Bericht des Arbeitsnachweisführers ergab sehr erfreuliche Fortschritte. Die Neuwahl ergab folgendes Resultat: Georg Maier, erster, und Georg Wein, zweiter Vorsitzender; Hans Gumpendobler, erster, und Andreas Hasl, zweiter Kassierer; Baptist Littenbacher, erster, und Ludwig Klotz, zweiter Schriftführer; Paul Hennemann, Ludwig Maier und Max Krimberger als Revisoren; Georg Rattenbeck, August Promersperger und Martin Braunogl als Arbeitsnachweisführer. Die Mitgliedschaft soll im Kartell durch die Kollegen Rattenbeck, Schaffer und Gumpendobler vertreten sein. In die Tarifkommission wurde neu hinzugewählt: Kollege Wein. Unter Punkt „Sonstiges“ wurden noch verchiedene Verbandsangelegenheiten erledigt. Ferner wurde auf die am 3. Februar stattfindende Gehilfenauswahl hingewiesen und aufgefordert, daß alle einundzwanzigjährigen Kollegen ihr Wahlrecht auszuüben haben.

**Stranberg.** Hier fand die Generalversammlung am 21. Januar statt. Der Geschäfts- und Kassenbericht ergab, daß sich die Mitgliedschaft im letzten Jahre so entwickelt hat, wie sie sich hätte nicht träumen lassen, daß die Kollegen in so kurzer Zeit den Organisationsgedanken so erfassen würden. Aber man konnte sehen, je rüchichtsloser die Bäckermeister an der Ausbeutung der Bäckergehilfen arbeiteten, desto besser kamen sie zu der Einsicht, daß nur ein geschlossenes Zusammenhalten den Kollegen zum Nutzen sein kann. Es konnte auch konstatiert werden, daß im vergangenen Jahre manche Verbesserung erzielt worden ist. Besonders war es aber auch die Umwandlung der Vertrauensleute, die sich alle Mühe gegeben haben, um die Zahlstelle zu heben. Der Markenumsatz hat sich im vergangenen Jahre um nahezu 700 Stück vermehrt. Es wurde auch von allen Mitgliedern betont, daß die alte Vorstandschafft wiedergewählt werden müsse, um die Zahlstelle noch besser auszubauen. Die Neuwahl hat die Wiederwahl sämtlicher Vorstandsmitglieder ergeben. Alle Kollegen haben die Wahl wieder angenommen und versprochen, alles daran zu setzen, die Mitgliedschaft noch besser auszubauen als bisher, und forderten die Kollegen zur fleißigen Mitarbeit auf. Nach der Generalversammlung blieben die meisten Kollegen beisammen und unterhielten sich in sehr froher Stimmung.

**Suhl.** Am 1. Februar fand unter starker Beteiligung unsere Generalversammlung statt, welche sich der vorjährigen würdevoll zur Seite stellen kann. Aus dem Bericht des Gesamtvorstandes ist zu entnehmen, daß das verfloffene Jahr ein sehr arbeitsreiches gewesen ist, was aber nach Lage der Dinge nicht im neuen Jahr geringer werden wird. Unsere Zahlstelle hat sich um 8 Ortschaften vergrößert, so daß wir nahezu 48 Mitglieder jetzt in 18 Ortschaften zerstreut haben, wovon nur 10 Ortschaften mit der Bahn zu erreichen sind. Es erklärt sich daher von selbst, daß die Tätigkeit im neuen Jahre durch Unterstützung der Kollegen wieder arbeitsreich sein muß; auf die Unterstützung der Kollegen wird auch der neugewählte Vorstand seine Hoffnung wieder setzen dürfen, da das alte Jahr bewiesen hat, daß ein guter Geist in unsere Zahlstelle seinen Fuß gesetzt hat. Der Versuch der Gelben, aus einem Gegner zu stellen, ist völlig misslungen. Mit der Wahlung an die Mitglieder, in gleicher Weise zuarbeiten, schloß der Vorsitzende seinen Bericht. Der Kassierenbericht des Kollegen Stiebriz zeigte ebenfalls ein günstiges Bild; es wurde wieder ein bedeutender Mehrertrag von Marken erzielt, die Marktschaffbeiträge wachsen von Quartal zu Quartal, sowie die Zahl der Mitglieder von „Technik und Wirtschaftswesen“. Aufnahmen waren 21 zu verzeichnen, um 8 Kollegen hat sich die Zahlstelle vergrößert. Die hohen Verwaltungsstellen erklären sich durch die große Ausdehnung der Zahlstelle, wie in gleicher Weise sie wohl schon im deutschen Reiche gefunden wird. Mit Stolz konnte aber trotzdem konstatiert werden, daß wir auch in diesem Jahre keine nennenswerten Anzahlschwübe zu verzeichnen hatten, und mit lebhaftem Bravo wurde hierauf die Erklärung des Kassierers aufgenommen, daß er auch im neuen Jahre für das gleiche günstige Resultat sorgen werde. Der Bezirksleiter hofft, daß er auch in Zukunft uns als gute Mitarbeiter in voller Tätigkeit vorfinden wird. Die Wahl ergab: Häbler und Feig als Vorsitzende; Stiebriz, Kassierer; Häbler, Schriftführer; Schiecke, Graf, Revisoren; Sektionsleiter: Themar, C. Hoffner; Ziegler, Revisor. Als Kartelldelegierte resp. ihre Stellvertreter oder Unterskassierer wurden gewählt: Schiecke, Feig, Häbler, Stein, Wiszmann, Stranberg. Geregelt wurde dann eine Angelegenheit betriebs Einstellung eines Kollegen von einem tarif-treuen Verein mit Umgehung anderer Arbeitsnachweises. Der Betreffende wird die Arbeit wieder aufgeben. Eine Warnung für diejenigen Kollegen, welche immer noch glauben, den Arbeitsnachweis umgehen zu können. Das Programm zum Bezirksfest, welches zu Pfingsten in Suhl abgehalten wird, wurde noch festgelegt. Es nimmt vor Oberhof seinen Anfang und endet am anderen Tag im Wilhelmsthal und verpflichtet eines der genutzreichen Wald-, Berg- und Talberggängen zu werden und bietet Gewähr dafür, daß eine jede Bäckerlunge mit der reinen Waldluft gelüftet wird. Jeder Kollege des Ernter Bezirks sollte sich beteiligen, wo durch gleichzeitig unsere Gegner gezeigt würde, wie die Solidarität in unseren Reihen bei jeder Gelegenheit in die Erscheinung tritt. Das Programm wird noch jeder Zahlstelle im Bezirk zugestellt.

**Frankfurt.** Unsere Generalversammlung fand am 12. Januar statt. Dieselbe war gut besucht. Kollege Hausmann sprach über die große Arbeitslosigkeit zur vollen Zufriedenheit der Anwesenden. Dann gab Vorsitzender Staller den Jahresbericht und Häbner den Gewerkschaftsbericht. Durch die Neuwahlen kamen folgende Mitglieder in den Vorstand: Lorenz Staller als Vorsitzender und Andreas Kraus als Schriftführer (einstimmig wiedergewählt), als Kassierer Ludwig



Kaiser, nachdem Winter nicht wieder annahm. Letzterem wurde der Dank von den anwesenden Kollegen entgegengebracht...

Bäder

Döbeln. In der öffentlichen Versammlung am 27. Januar referierte Kollege Reymann Dresden über die Arbeitslosigkeit im Bäder- und Konditorgewerbe...

Planen i. G. Am 27. Januar sprach an Stelle des verhinderten Kollegen Hoffmann in einer öffentlichen Versammlung über den geplanten Rand des Koalitionsrechts...

A. 25 zu überreichen. Natürlich muß der nötige Alabmin dabei auch noch gemacht werden. Die Essener Innung will es bei ihrem diesjährigen Winterfest machen...

In der Jahresversammlung der Innung wurde der Obermeister Kämpers abgefragt 27 Jahre war er Führer und Obermeister. Wohl konnte jeder Eingeweihte wissen, daß Kämpers „mit mehr so liegen“ hat...

Aus gewerkschaftlichen Organisationen

Interessierung in den Zentrumsgegewerkschaften. Der Freudenwahn hat bei den Christlichen nach dem Kölner Prozeß einen jähen Rückgang erlitten...

In Essen hätte man es demnach in der Hand gehabt, den gewerkschaftlichen Standpunkt mit weiser Zurückhaltung und kluger Schranke des kirchlichen Empfindens zur Geltung zu bringen...

Ich bedauere, mich an den Maßnahmen zur Berechtigung der christlichen Gewerkschaften beteiligen zu haben, und will die Interpretation (der fünf Punkte) nicht weiter vertreten...

Es gar diese Erläuterungen gemacht werden und man sie an sich nicht leicht auch nicht brauchen kann, wenn man die Güte der Entschädigung berücksichtigen will...

Dieser schwere Vorstoß hat bei den Christen eine juristische Wirkung aus. Schwärze im Hinterland der Zentrumsgegewerkschaften. Es mag erst ein Oberhaupt die Verantwortung übernehmen...

Als wir gestern in der „Kölnischen Zeitung“ (die den Brief mit zuerst veröffentlichte) all diese Dinge lasen, griffen wir uns im ersten Augenblick an den Kopf...

Was soll daraus werden? Wohin sollen diese Wege gehen? Es ist versucht, einen neuen schweren Schlag zu führen gegen die christlichen Gewerkschaften...

Das „Berliner Tageblatt“ veröffentlicht einen Artikel mit der Überschrift: „Das Ende der christlichen Gewerkschaften“, worin einleitend folgendes ausgeführt wird:

Die christlichen Gewerkschaften, die Kerntruppen der „Kölnischen Zeitung“ im Zentrum, haben mit dem Tode des Kardinals v. Kopp an den Grafen Eppelshausen einen Stoß erhalten, von dem sie sich kaum wieder erholen dürften...

Sei es wie es will! Die Drahtzieher der christlichen Gewerkschaften werden mit ihren Freunden alles dazusetzen, um die Gefahr des Zusammenbruchs zu vereiteln. Wenn sie bei ihrer Jesuitenart mit den Führern der extrem katholischen Richtung grundsätzlich hineingefallen sind...

Polizei und Gerichte

Ein gerichtliches Nachspiel hatte am 24. Januar der im Frühjahr nachgefundene Bäckersstreik zu Cottbus vor dem dortigen Schöffengericht.

Bekanntlich antwortete der dortige Obermeister, Herr Schubert, auf die eingereichten Forderungen in einer Weise, die die Leitung der Bewegung glauben ließ, die Innung sei zu Verhandlungen geneigt. Als dann aber das Urteilstück vorüber war, lehnte der Obermeister nicht nur jede Verhandlung ab, sondern erging sich gegen die Leitung der Bewegung sowie in bezug auf die führenden Kollegen der Organisation zunächst in einer Innungsquartalsversammlung in beleidigenden Ausdrücken...

Internationales

Die Verschmelzung des Reichvereins der Zuckerbäcker Oesterreichs mit dem Verbands der Bäckereiarbeiter.

Bekanntlich waren schon seit längerer Zeit Verhandlungen über eine Verschmelzung der obengenannten Organisationen im Gange; nachdem die Vorstände zu bestimmten Abmachungen gekommen waren, sind jetzt diese Vorschläge auf der Generalversammlung der Zuckerbäcker zur Annahme gelangt. Die Generalversammlung war für den 1. und 2. Februar nach Wien einberufen worden...

Schon in den Begrüßungsreden aller Vertreter der besondern Organisationen kam zum Ausdruck, daß die verschiedenen Punkte der Tagesordnung dieser Generalversammlung gänzlich hinter die Verschmelzungfrage zurücktreten würden. Die Leitung des Reichvereins hatte schließlich in dieser Voraussicht auch den Verschmelzungsantrag gleich hinter die Berichte gestellt. Den Geschäftsbericht erstarrte der Obmann der Organisation, Kollege Axmann. Er mußte jedoch konstataren, daß in der letzten drei Jahre ausfassen der Geschäftsperiode der Reichverein keinen Fortschritt mehr aufzuweisen konnte. 1911 betrug die Mitgliederzahl...

Aus Bäckereibetrieben

Bäckerei

Aus der Wiener Bäckereiwirtschaft. Von einem Bäckereibesitzer in Wien. In einer Innungsversammlung wurde, um den Geistern zu zeigen, was man über ihr Schicksal und ihre Zukunft denkt, ein Brief gelesen...



1912 waren es 732 und 1913 wurden 806 fest-  
 gestellt. Der Kassenbestand betrug Ende 1912 Kr. 3071,24,  
 Ende 1913 nur Kr. 1861,98. Der Rückgang wurde besonders  
 durch den verlorenen großen Streik im Jahre 1911 bei der  
 Firma Cinos-Wien zurückgeführt, dessen Folgen bisher  
 heftigster Agitation auf allen Gebieten noch nicht  
 ganz wieder zu beheben waren. Die Schwierigkeiten in  
 der Agitation beruhen, wie bei allen österreichischen  
 Organisationen, besonders in den verwickelten Sprachen-  
 verhältnissen und in den separatistischen Bestrebungen  
 innerhalb der Arbeiterbewegung, die auch auf die Zucker-  
 bürger zum Beispiel in Lemberg übergriffen haben.  
 Kollege Achaz, der angestellte Sekretär und Redakteur  
 des Fachblattes, ging noch näher auf die Kassenverhält-  
 nisse ein. Die Berichte wurden ohne Debatte entgegen-  
 genommen und dem Vorstand Entlastung erteilt. Das  
 Sekretat zur Verschmelzungsfrage gab Kollege Kummer  
 (Ordnung des Gehilfenausschusses), der früher der festen  
 Überzeugung gewesen war, daß die Sonderorganisation  
 der Zuckerbäcker sehr wohl in der Lage sein werde,  
 mit der Zeit dem Unternehmertum wachsvoll entgegen-  
 treten zu können. Er schätzte auch heute noch — wie  
 seine Ausführungen bewiesen — die ab und zu in den  
 Lebensjahren österreichischer Zuckerbäckerorganisa-  
 tionen erzielten Erfolge in bezug auf Verbesserung der  
 Lohn- und Arbeitsbedingungen sehr hoch ein. Es ist  
 für die Organisation zum Beispiel in der Tat einmal ge-  
 lungen, in den Wiener Betrieben die Wochenarbeitszeit  
 von 59 auf 54 Stunden heruntersudrücken, und einen  
 solchen Erfolg hob der Referent begrifflicherweise stark  
 hervor, aber die immer fester geschlossene Macht der  
 Arbeitgeberverbände und die Konzentration des Kapitals  
 haben ihn nun doch die Notwendigkeit erkennen lassen,  
 daß eine schnellere Zusammenfassung der eigenen Kräfte  
 im Arbeitertage unter allen Umständen erstrebt werden  
 muß und eine Verschmelzung die Erreichung dieses  
 Zieles nur fördern kann. Er wies auf das Vorbild der  
 deutschen Organisation in dieser Richtung hin, und seine  
 nachhaltigen Ausführungen gipfelten schließlich in dem  
 Satz: „Wir wollen nun eine Organisation sein, nach-  
 dem wir bisher nur so geheißt haben!“

In der äußerst gründlichen Debatte zeigte es sich  
 bald, daß nur die Wiener Ortsgruppen und die in  
 Wien Opposition gegen die Verschmelzung machten.  
 Die inneren Verhältnisse liegen im Reichsverein so-  
 daß in Wien gegenwärtig die Gehilfen aus den Back-  
 geschäften, und zwar aus den reinen Konditoreien, das  
 Haupt der Organisation stellen, und wenn diese auch  
 ganz sicher — von Ausnahmen abgesehen — gewerk-  
 schaftlich weiter fortgeschritten sind als die reichs-  
 deutschen Kollegen in den Konditoreien, und dem „Bäck-  
 nicht mehr so abweisend gegenüberstehen wie jene, so  
 glaubt man doch, daß nach der Verschmelzung die  
 Agitation nicht besonders gefördert werden könne. Vor-  
 allem wurde aber befürchtet, daß die Unterstützungs-  
 einrichtungen, wie sie der Bäckerarbeiterverband jetzt  
 hat, den Verhältnissen auf dem Arbeitsmarkt der  
 Zuckerbäcker nicht genügend entgegenkommen. Die  
 Bäder haben in Wien vor Bezug der Arbeitslosen-  
 unterstützung eine längere Karenzzeit durchzuwachen  
 als die Mitglieder des Reichsvereins, und letztere be-  
 haupten, sie wären meist nur kürzere Zeit arbeitslos  
 und würden infolgedessen im Bäckerarbeiterverband  
 fast gar nicht in den Genuß von Unterstützungen kommen.  
 Eine Verschmelzung könnte wohl in der Provinz unter  
 der Arbeiterschaft in den Großbetrieben nützlich wirken,  
 aber in Wien werde man verlieren. Und Wien sei  
 organisatorisch wertvoller als die Provinz.

Diese Argumente — wenn man sie so nennen  
 will — standen gewiß auf schwachen Füßen, wurden  
 aber um so hartnäckiger verteidigt. Die Wiener Vertreter  
 erklärten einfach, sie hätten gebundene Marschroute von  
 ihren Ortsgruppen erhalten und sie müßten deshalb  
 unter allen Umständen auf ihrer Ablehnung verharren.  
 Gegenüber den Ausführungen aller andern Redner war  
 dieser Standpunkt aber doch nicht so ohne weiteres  
 anzunehmen. Schon vor den Ausführungen der  
 Opponenten hatte unter anderm der Vertreter der  
 österreichischen Bruderorganisation erklärt, daß in  
 seinem Wirkungskreise gerade die Konditoren vielfach  
 von einer Verschmelzung mit den Bäckern sich sehr  
 viel versprochen. Die Gegner einer Verschmelzung  
 hätten dort bisher nur noch ihre Stütze in dem Um-  
 stand gefunden, daß man in Oesterreich getrennt  
 marschiere; man warte nur auf den Zusammenschluß  
 und werde dann auch die Vereinigung leicht bewerk-  
 stelligen können. Kollege Zipper wies darauf hin,  
 daß in der vereinigten Organisation ganz selbstver-  
 ständlich auch in bezug auf die Unterstützungs-  
 einrichtungen Maßnahmen getroffen werden könnten, die den  
 Bedürfnissen der einzelnen Branchen nach Möglichkeit  
 entgegenkommen. Genossin Pölzer legte großen Wert  
 darauf, daß gerade der große Prozentsatz der in der  
 Zuckerwarenindustrie beschäftigten Arbeiterinnen der  
 Arbeiterbewegung zugeführt werde. Sie zeigte auf  
 Grund der praktischen Erfahrungen, die sie bei der  
 Agitation in unsern Kolleginnenkreisen gemacht hat,  
 daß der hier anzutreffende Stumpfsinn gegenüber ge-  
 werkschaftlichen Fragen nur durch die größten An-  
 strengungen zu überwinden ist. Genosse Huppert  
 von der Gewerkschaftskommission erläuterte wirkungs-  
 voll den Standpunkt, den die Zentralleitung der öster-  
 reichischen Gewerkschaften zu der Frage einnehmen  
 und erklärte rund heraus, daß die Zuckerbäcker, wenn  
 sie die unbedingt notwendige Verschmelzung ablehnen  
 würden, wahrscheinlich in Zukunft damit rechnen  
 müßten, daß dem Bäckerverband die Agitation, in den  
 Fabriken freigegeben würde. Die Zentralinstanzen  
 müßten wohl oder übel dafür eintreten, daß die hier in  
 Frage kommenden großen Arbeitergruppen endlich  
 schneller in die Bewegung einbezogen werden. Huppert  
 wies auch darauf hin, daß die Verschmelzungs-  
 kommission — es besteht dort noch eine besondere  
 Kommission, die von allen Organisationen der Lebens-  
 und Genussmittelbranche gebildet wurde und die Auf-  
 gabe hat, der Errichtung eines allgemeinen Verbandes  
 aller Lebensmittelarbeiter die Wege zu ebnen — ganz

ungeachtet der Beschlüsse der Zuckerbäcker ihr Ziel  
 weiter verfolgen werde. Es bestehe also die Gefahr,  
 daß, wenn man heute die Verschmelzung ablehne,  
 später doch dem allgemeinen Verband beitreten müsse.  
 Dann werde man aber zum eigenen Schaden nur als  
 verschwindende Minorität kommen. Man solle sich  
 also auch von dieser Seite die Frage reiflich überlegen.  
 Kollege Weidler ging ausführlich auf die deutschen  
 Verhältnisse vor und nach der Verschmelzung ein und  
 belegte zahlenmäßig, daß zwar nach Ueberwindung der  
 ersten Entwicklungsjahre auch der frühere deutsche  
 Konditorenverband schneller und schneller seine Reihen  
 stärken konnte, daß aber die ersten wirklich großen  
 Kämpfe doch den Beweis erbrachten, daß der allein-  
 stehende Verband seinen Aufgaben auf die Dauer nicht  
 gewachsen sein konnte, und daß unter den gegen-  
 wärtigen Verhältnissen, vor allem angesichts der un-  
 geheuren Kapitalmacht, die in unserer Industrie sich  
 ansammelte, erst recht nicht mehr die Zweckmäßigkeit  
 einer Sonderorganisation anzuerkennen sei. Ist doch  
 allein das Kapital der verhältnismäßig wenigen  
 Aktiengesellschaften in unserm Organisationsgebiet  
 von A. 400 000 im Jahre 1871 auf A. 47 869 000  
 im Jahre 1913 gestiegen. Eine ungeheure Entwicklung,  
 die in ihren Endwirkungen von der Arbeiterschaft meist  
 nicht genügend gewürdigt wird. Weidler wies auch  
 nach, daß von der Zeit der Verschmelzung an aller-  
 dings eine wesentliche Verschiebung in dem Prozent-  
 verhältnisse der einzelnen Gruppen der organisierten  
 Konditoren, Schokoladen- und Zuckerwarenarbeiter und  
 -arbeiterinnen eingetreten ist, die aber mit den Ver-  
 hältnissen in der Industrie selbst im Einklang steht.  
 1907 setzten sich die damals vorhandenen 254 Mit-  
 glieder der in Frage stehenden Gruppen aus rund  
 40 pZt. Konditoren, 14 pZt. Hilfsarbeitern und 45 pZt.

**Spätestens am 14. Februar  
 ist der 8. Wochenbeitrag für 1914  
 (15. bis 21. Februar) fällig.**

Arbeiterinnen zusammen, dagegen 1912 die 5001 Mit-  
 glieder aus 19 pZt. Konditoren, 27 pZt. Hilfsarbeitern  
 und 53 pZt. Arbeiterinnen. Die geleierten Konditoren  
 gingen also von 40 auf 19 pZt innerhalb dieser drei  
 Gruppen zurück, obgleich die absolute Zahl von 1116  
 auf 1634 gestiegen war. Das liege aber eben nicht nur  
 daran, daß die Konditoren schwerer für die gemeinsame  
 Organisation zu gewinnen wären, sondern auch an  
 ihrem relativen Rückgang innerhalb der Gesamtbranche.  
 Man werde demnach auch in Oesterreich zukünftig noch  
 weniger als heute sich auf die geleierten Leute inner-  
 halb der Organisation stützen dürfen, sondern müsse  
 sein Augenmerk auf die schnelle Gewinnung großer  
 Massen richten. Weidler mußte ferner noch auf einige  
 früher schon gehörte schiefe Auffassungen über die  
 deutsche Organisation eingehen; man war merkwürdiger-  
 weise in Zuckerbäckerkreisen Oesterreichs der Meinung,  
 in unsern Fabriken habe die Organisation zwar teil-  
 weise Fortschritte gemacht, aber es sei für die Kollegen-  
 schaft in bezug auf die Arbeitsbedingungen sehr wenig  
 herausgekommen. Es war deshalb notwendig, näher  
 auf die geführten Lohnbewegungen und die erzielten  
 Vereinbarungen einzugehen.

Die ausgedehnte Debatte war, wie schon angeleutet,  
 auf die Opposition doch nicht wirkungslos geblieben;  
 da die Wiener Vertreter ihres gebundenen Mandats  
 halber aber nicht für die Verschmelzung zu stimmen  
 wagten, gaben sie schließlich die Erklärung ab, sich der  
 Stimme enthalten zu wollen. Die Verantwortung für  
 die Beschlüsse müßten sie jedoch ausdrücklich der  
 Majorität überlassen. Die Erklärung wurde mit einziger  
 Heiterkeit entgegengenommen. Allerdings verbesserte  
 die Stimmenthaltung in Wirklichkeit die Situation durch-  
 aus nicht, denn nach dem Statut gilt dort bei der Auf-  
 lösung des Vereins — und um eine solche handelte es  
 sich im Grunde genommen — die Stimmenthaltung als  
 Ablehnung. Die Abstimmung ergab aber trotzdem die  
 notwendige Dreiviertelmajorität. Es wurden abgegeben  
 zwanzig Stimmen für die Verschmelzung bei fünf Ent-  
 haltungen.

Die Grundsätze für den Zusammenschluß beider  
 Verbände lauten:

1. Zusammenschluß beider Verbände mit allen Aktiven und Passiven.
2. Der Zusammenschluß erfolgt am 1. Januar 1915.
3. Name des Verbandes: Zentralverband der Bäcker und Konditoren Oesterreichs.
4. Gemeinsames Fachblatt. Im Fachblatt soll eine Rubrik zur Verfügung stehen, in der Kritiken und Artikel über berufliche Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Zuckerbäcker usw. gebracht werden.
5. Zur Grundlage der Verhandeltätigkeit werden die Geschäftsordnung sowie das Statut des Verbandes der Bäckerarbeiter genommen.
6. Der Verband der Bäckerarbeiter verpflichtet sich, für die weiblichen Mitglieder eine entsprechend niedrigerer Klasse auf dem nächsten Verbandstag zu beschließen.
7. Bis zur vollzogenen Verschmelzung wird ein besonderer Gegenseitigkeitsvertrag zwischen dem Verband der Zuckerbäcker abgeschlossen.
8. In den Zentralvorstand stellen die Zuckerbäcker zwei Mitglieder und eventuell eines in die Kontrolle sowie einen besoldeten Beamten.
9. Schlussbestimmungen. Nach der vollzogenen Verschmelzung werden die Mitglieder des früheren Reichsvereins der Zuckerbäcker während der Dauer eines Jahres bezüglich der Unterstützung noch nach den früheren Bestimmungen behandelt. Die Beiträge müssen jedoch schon in der Höhe, wie sie der neue Verband festgesetzt hat, geleistet werden. Sobald ein Jahr nach der Verschmelzung verflissen ist, sind alle Mitglieder ohne Ausnahme nach einer neuen Geschäftsordnung zu behandeln.

Nachdem das erfreuliche Abstimmungsergebnis vor-  
 lag, wurden alle übrigen Punkte bis auf die Wahlen für  
 den Zentralvorstand der neuen Organisation von der  
 Tagesordnung abgesetzt. Gewählt wurden die alten  
 Führer; einstimmig wurde auch beschlossen, eine Ar-  
 beiterin mit in den Zentralvorstand zu entsenden; an-  
 gestellt wird in der neuen Verwaltung wieder der Kollege  
 Achaz.

Wir können der österreichischen Bruderorganisation  
 der Zuckerbäcker zu ihrem Beschlusse nur Glück  
 wünschen! Voraussetzung dafür, daß die Hoffnungen  
 der Verschmelzungsfreunde in Erfüllung gehen, ist  
 allerdings, daß, wie auch auf der Generalversammlung  
 mehrfach hervorgehoben wurde, die Zuckerbäcker in  
 der neuen Gemeinschaft nicht des Gleichens leben, die  
 Bäcker müßten nun ihre ganzen Kräfte in erster Linie  
 für die Interessen der neuen Verbandsgenossen einsetzen.  
 Das würde nur zu Enttäuschungen führen können. Sie  
 sollen selber nach Möglichkeit und energisch am gemein-  
 schaftlichen Hause bauen helfen. Grund und Boden ist  
 ihnen durch die Verschmelzung nun reichlich zur Verfü-  
 gung gestellt und sie haben jetzt einen festen Beistand  
 zum Schutze ihrer Arbeit!

**Der Bäckerstreik im Haag mit Erfolg**

beendet. Nach genau vierwöchiger Dauer ist der  
 Bäckerstreik der holländischen Bäcker im Haag vor-  
 teilhaft beendet. Wir wollen auf die Vorgeschichte  
 dieses Lohnkampfes noch einmal kurz eingehen. Schon  
 im Monat Juli 1912 wurden die Lohn- und sonstigen  
 Arbeitsforderungen den Arbeitgebern unterbreitet. Da-  
 mals waren die verschiedenen Gesellenvereine, das heißt  
 die „katholischen“, „christlichen“, „neutralen“ und unser  
 Verband betreffs der gestellten Forderungen einig ein-  
 ander. Nun gab es im Haag zwei Meisterrvereine  
 gegenüber den vier Gesellenorganisationen; es gab die  
 lokale Zahlstelle des Bäckermeisterverbandes und einen  
 Verein der Inhaber großer Brotfabriken. Aber beide  
 Meisterrvereine hatten rechts bald die Hände ineinander-  
 gelegt zur Abwehr der gestellten Forderungen. Sie ver-  
 weigerten es, mit den Gesellenvertretern überhaupt in Be-  
 ratung zu treten. Als man schon am 1. Februar 1913  
 die Bäckergesellen für ihre Forderungen in den Streik  
 treten wollten, entwarfen die Meister einen neuen Lohn-  
 tarif mit einigen Verbesserungen des bisherigen Lohnes  
 und der Arbeitsdauer, welcher am 1. Juli 1913 in Kraft  
 treten sollte. Unsere Kollegen waren mit dem Angebot  
 in keiner Weise zufrieden, und es wäre schon damals  
 zum Streik gekommen, wenn nicht der katholische  
 Gesellenverein darauf bestanden hätte, ein Schieds-  
 gericht zu schaffen, dessen Entscheidung bindend sein  
 sollte. An diesem Lustspiel wollten wir nicht und eben-  
 so keine der übrigen Gesellenorganisationen teilnehmen.  
 Infolgedessen trat der katholische Gesellenverein aus  
 der Lohnkommission aus und wir legten Protest gegen  
 die unzureichenden Verbesserungsvorschläge ein.

Inzwischen arbeiteten wir an der Ausdehnung  
 unserer Organisation, und auch die Einigkeit zwischen  
 der protestantisch-christlichen Organisation und unserm  
 Verband blieb erhalten. Am 30. Oktober vorigen Jahres  
 wurden die Forderungen den Meisterrungen wieder  
 unterbreitet, aber wieder jede Beratung abgelehnt und  
 auf den Tarif der Meister verwiesen. Nachdem aber die  
 Gesellen im Dezember wiederholt dagegen protestiert  
 und manifestiert hatten, wurde uns vom Großbetriebs-  
 verein am 22. Dezember die Mitteilung, daß man in eine  
 Besprechung treten wolle, aber — nicht vor dem  
 3. Januar 1914. Man bezweckte, einen Streik bis nach  
 Weihnachten und Neujahr zu verschieben; die Be-  
 ratungen konnten dann bis Ostern dauern, ohne daß die  
 Meister wertvolle Änderungen der Arbeitsbedingungen  
 in Aussicht zu stellen brauchten. Diesen Kunstgriff  
 wollten die Gesellen vereiteln und sie beschlossen, am  
 23. Dezember in den Ausstand zu treten. Sobald der  
 Streik proklamiert war, unterzeichneten 5 Arbeiter  
 mit 60 Gesellen die Forderungen. Ein Fabrikant mit  
 30 Gesellen verpflichtete sich, die Bedingungen einzu-  
 führen, sobald es in 10 andern Betrieben der Fall wäre.  
 Daneben gab es zwei Konsumgenossenschaften mit  
 50 Gesellen, wo schon die Forderungen erfüllt waren,  
 so daß fast 150 Gesellen in Arbeit bleiben konnten.

Der Streik wurde im Anfang proklamiert für 9 Be-  
 triebe mit 160 Gesellen; 30 derselben blieben in der  
 Arbeit, also standen 130 Kollegen im Streik. Jetzt  
 traten die Bäckermeister mit ihren Söhnen aus dem  
 ganzen Land von Nord bis Süd in die Stellungen der  
 Streikenden und versuchten, die Produktion aufrecht zu  
 erhalten. Weiter wurden in allen Zeitungen Bäcker-  
 gesellen gesucht für hohe Löhne und niedrige Arbeits-  
 zeit. Unsere deutschen Kollegen sind ja die sonstigen  
 Käufer der Arbeitgeber nicht fremd; jedenfalls haben  
 wir beobachten können, daß unsere holländischen Kapi-  
 talisten sich die Lehren ihrer deutschen Klassenfreunde  
 sehr zu Herzen genommen haben. Und auch unsere  
 Polizei, die Justiz und sonstige Institutionen zur Auf-  
 rechterhaltung der jetzigen Gesellschaftsordnung wollten  
 uns zeigen, daß sie von den Deutschen und Russen  
 gelernt haben. Sie gingen gegen die Streikposten vor,  
 beschützten die Arbeitswilligen, ließen die ansahrenden  
 Brotwagen durch Polizei und Gendarmen besetzen und  
 versuchten auch einmal, einen unserer Führer zu ver-  
 haften. Als der Streik schon drei Wochen dauerte,  
 gab die Arbeitgeber in der Tagespresse die Nachricht  
 bekannt, daß sie mit dem katholischen Gesellenverein  
 in Beratung treten wollten, zum Abschluß eines neuen  
 Lohntarifes. Wir memorieren noch einmal die Schmutz-  
 reien der Katholischen und wissen bereits, daß sie  
 vernichts mit dem Streik zu tun hatten! Sie traten als  
 Vertreter ihrer eigenen Klasse auf und nahmen dem  
 Junkelohn der Meister; letztere negierten die Streik-  
 verbände der freien Organisation und der Christen  
 gänzlich.

Wir dürfen diese Methode nicht ungestraft passieren  
 lassen. Sogleich wurde der Beschluß gefaßt, noch  
 vier andere Betriebe in den Streik zu ziehen, wenn sie  
 nicht mit den Streikverbänden über einen neuen Lohn-  
 tarif konferieren wollten. Die gute Wirkung dieser



